

Protokoll der

1. Ordentlichen Gemeindeversammlung

vom 22. Juni 2011

im Foyer des OZL

Anwesend

Mitglieder Gemeinderat	François Sandoz, Gemeindepräsident Hans Jörg Känel Hans Peter Isenschmid Edmond Bernard Rolf Gschwind
Protokoll	Nicole Künzi
Verwaltung	Sabine Jung Henny
Technischer Dienst	Max Auer
Gäste	Paul Schönenberger, externe Finanzverwaltung
Presse	-
Abwesend	-
Dauer	19.30 – 22.30

Eröffnung:

François Sandoz eröffnet die Versammlung und begrüsst die Anwesenden zur Rechnungs-Gemeindeversammlung 2010.

Er stellt fest, dass die Einladung rechtzeitig im Anzeiger erfolgt, in alle Haushalte verteilt und die Unterlagen inkl. der Rechnung 2010 aufgelegt worden sind.

Er stellt die Mitglieder des Gemeinderates, Hans Jörg Känel, Hans Peter Isenschmid, Edmond Bernard, Rolf Gschwind und seine Wenigkeit sowie die Angestellten der Gemeindeverwaltung, Nicole Künzi (Gemeindeschreiberin) und Sabine Jung Henny (Sachbearbeiterin Buchhaltung), Paul Schönenberger (Finanzverwalter) und des Technischen Dienstes, Max Auer, vor.

François Sandoz entschuldigt Yvonne Kilcher. Somit wird der Kurzbericht der Gemeindeversammlung etwas später auf der Homepage erscheinen.

François Sandoz kündigt zudem an, dass eine ausserordentliche Gemeindeversammlung im September stattfinden wird, um diverse Geschäfte wie Reglemente und Motionen zu behandeln. Somit sollte die jetzige Versammlung sowie auch die Budget-GV etwas „entlastet“ werden.

An dieser Stelle möchte sich François Sandoz, auch im Namen des Gemeinderates, bei der Feuerwehr entschuldigen, dass die Gemeindeversammlung zeitgleich wie eine Feuerwehrübung stattfindet und es ihnen daher nicht möglich ist, heute Abend anwesend zu sein. Man wird künftig dafür sorgen, dass dies nicht wieder vorkommt.

1. Wahl der Stimmenzähler

François Sandoz kündigt die Wahl der Stimmenzähler an und schlägt folgende Stimmenzähler vor:

Links: Jörg Schermesser

Rechts inkl. GR-Tisch: Heinz Vifian

Da keine anderen Vorschläge eingebracht werden, wird über die Wahl von Jörg Schermesser und Heinz Vifian abgestimmt.

Er stellt fest, dass die Stimmenzähler gewählt sind.

Die Stimmenzähler zählen die Stimmberechtigten:

Es werden

Links: 24

Rechts: 15

Stimmberechtigte und 3 Nicht-Stimmberechtigte gezählt.

Es sind somit total 39 Stimmberechtigte anwesend.

Genehmigung der Traktandenliste:

François Sandoz kündigt nun die Genehmigung der Traktandenliste an. Er informiert die Anwesenden darüber, dass nach dem Versand der Einladungen eine dringliche Motion zum Thema „U-Abo Abgabe an Bättwiler Schüler und Schülerinnen“ eingereicht wurde, die heute behandelt werden muss. Bei dieser Motion wird erst über die Dringlichkeit und dann über die Erheblichkeit abgestimmt werden. Wenn diesen beiden Punkten zugestimmt wird, wird der Gemeinderat beauftragt, für die kommende Gemeindeversammlung vom September 2011 eine Lösung/Vorschlag auszuarbeiten.

1. Wahl der Stimmenzähler
2. Genehmigung des Protokolls der Gemeindeversammlung vom 15.12.2010
3. Rechnung 2010
- 3.1. Genehmigung Nachtragskredite 2010
- 3.2. Genehmigung Rechnung 2010
4. Kreditantrag Sanierung Strassensammler Gemeindestrassen
5. Kreditantrag Neubau Velounterstand BLT Haltestelle Bättwil
6. Genehmigung Umwandlung ZSOL in einen Zweckverband
7. Dringliche Motion – Abgabe der U-Abo's an die SchülerInnen
8. Diverses

François Sandoz fragt in die Runde, ob noch eine Traktandenänderung gewünscht wird. Da dies nicht der Fall ist, schreitet er sogleich zur Abstimmung.

Der Gemeinderat beantragt, der Traktandenliste zuzustimmen.

Die aufgezeigte Traktandenliste wird einstimmig genehmigt.

2. Genehmigung des Protokolls der Gemeindeversammlung vom 15.12.2010

Das Protokoll vom 15. Dezember 2010 konnte während den Schalterstunden bei der Gemeindeverwaltung eingesehen und zusätzlich im Internet unter www.baettwil.ch abgerufen werden.

Da es zum Protokoll keine Änderungen oder Anmerkungen gibt, wird sogleich zur Abstimmung geschritten.

Mit grossem Mehr und zwei Enthaltungen wird das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 15. Dezember 2010 genehmigt.

3. Rechnung 2010

Die Rechnung 2010 der Einheitsgemeinde Bättwil sowie der Erläuterungsbericht der RPK konnten bei der Gemeindeverwaltung bezogen resp. eingesehen werden. Die wesentlichen Unterlagen zur Rechnung 2010 konnten auch auf der Homepage der Gemeinde unter www.baettwil.ch herunter geladen werden.

François Sandoz kündigt die Präsentation der Rechnung 2009 an. Anhand diverser Folien und Diagrammen erläutert er die Merkmale der Rechnung 2010.

Laufende Rechnung:

	<u>Rechnung</u>	<u>Budget</u>
Ertrag	Fr. 6'364'673.93	Fr. 5'878'744.00
Aufwand	Fr. 6'332'747.19	Fr. 6'162'388.00
Überschuss (-) Defizit / (+) Gewinn	Fr. + 31'926.74	Fr. - 283'644.00

Die Laufende Rechnung schliesst somit entgegen den Erwartungen resp. des Budgets mit einem Ertragsüberschuss (Gewinn) von Fr. 31'926.74 ab. Vor Abzug der ausserordentlichen Abschreibungen von Fr. 100'318.65 beträgt der Ertragsüberschuss sogar Fr. 132'645.39. Dies ist hauptsächlich auf höhere Steuereinnahmen und auf den Verkauf des Grundstückes beim Armenhäuschen zurück zu führen.

Ohne dem Ausbuchen von Fr. 348'654.51 zu Lasten des Kontos 900.400.01 „Gemeindesteuern natürliche Personen“ zur Bereinigung der Differenz zwischen Haupt- und Nebenbuchhaltung (Saldokorrektur HB-Konto) hätte die Laufende Rechnung gar mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 480'899.90 abgeschlossen.

Ebenfalls erfreulich ist, dass das Eigenkapital der Gemeinde per Ende 2010 Fr. 178'505.09 beträgt. Vor allem wenn man bedenkt, dass wir per 1.1.2009 noch einen Bilanzfehlbetrag von Fr. 131'298.21 aufwiesen.

Hier die wesentlichen Posten, welche zu diesem positiven Ergebnis geführt haben:

<u>Erträge:</u>	Gemeindesteuern natürliche Personen (nach Saldokorrektur)	Fr.-108'000.00
	Gastarbeiter- und Grenzgängersteuern	Fr. 80'000.00
	Gemeindesteuern juristische Personen	Fr. 127'000.00
	Grundstückgewinnsteuern	Fr. 5'000.00
	Landverkauf (Armenhäuschen)	Fr. 258'000.00
	Feuerwehr-Ersatzabgaben	Fr. -21'000.00
	Total	Fr. 341'000.00
<u>Ausgaben:</u>	Minderaufwand Gemeinderat/Verwaltung	Fr. -15'000.00
	Mehraufwand Schulkreis Witterswil-Bättwil	Fr. 7'000.00
	Mehraufwand/Minderertrag OZL	Fr. 59'000.00
	Minderaufwand Musikschule	Fr. -55'000.00
	Minderaufwand Sonderschulen	Fr. -46'000.00
	Minderaufwand Gesundheit	Fr. -12'000.00
	Mehraufwand Soziale Wohlfahrt	Fr. 17'000.00
	Minderaufwand Verkehr	Fr. -35'000.00
	Höhere Steuerabschreibungen	Fr. 8'000.00
	Zusätzliche Abschreibungen	Fr. 100'000.00
	Total	Fr. 28'000.00

Im Übrigen lagen die Ausgaben weitgehend im Rahmen des Budgets. Auch die Sparanstrengungen seitens von Gemeinderat, Kommissionen und Verwaltung haben einen Beitrag zum guten Ergebnis beigetragen.

Erläuterungen zur Saldokorrektur HB-Konto

Anlässlich der Revision der Rechnung 2009 im Mai 2010 wurde eine Abweichung in der Buchhaltung im Bereich der Gemeindesteuern festgestellt. Da diese nicht rasch abgeklärt werden konnte, wurde damals beschlossen, die Abweichung im 2010 zu untersuchen und in der Rechnung 2010 zu berücksichtigen. Damals ging man davon aus, dass es sich um eine positive Abweichung von ca. Fr. 128'000.-- zu Gunsten der Gemeindesteuern handelte (vgl. dazu den Bericht der Rechnungsprüfungskommission über die Rechnung 2009).

Es stellte sich jedoch bei der Übergabe der Finanzen aufgrund des Wechsels des Finanzverwalters per Ende September 2010 heraus, dass die Abweichung deutlich höher und zudem mit umgekehrten Vorzeichen als bisher angenommen war. Aufgrund dieser neuen Situation entschied der Gemeinderat in Absprache mit der RPK und dem Finanzverwalter, die Ursache für die Abweichung vertieft zu untersuchen. Zu diesem Zweck wurde Herr Paul Schönenberger beauftragt, die Abweichung zu analysieren und einen Bericht zu Händen des Gemeinderates und der RPK zu verfassen. In seinem Untersuchungsbericht kommt Herr Schönenberger zum Schluss, dass die Differenz aufgrund von teilweise fehlerhafter und nicht konsequenter Verbuchung der Steuerdebitoren bzw. –erträge entstanden ist. Gemäss seiner Untersuchungen wurde ein Abgleich der Konten (Haupt- und Nebenbuchhaltung) sehr selten gemacht und zum Teil wurden auch die dann festgestellten Differenzen wiederum verkehrt verbucht. Als Korrekturmassnahme wurde eingeführt, dass die Konten ab sofort quartalsweise abgeglichen werden. Die restlichen Differenzen per Ende 2010 können, da mehrere Jahre zurück liegen und zudem die buchhalterische Abwicklung mangelhaft dokumentiert ist, nicht mehr nachvollzogen werden und müssen in der Rechnung 2010 korrigiert resp. ausgebucht werden. Diese sind:

1. Fr. 348'654.51 zu Lasten des Kontos 900.400.01 „Gemeindesteuern natürliche Personen“
2. Fr. 46'027.86 zu Gunsten des Kontos 711.436.00 „Rückerstattungen“ Abwasserbeseitigung

Bei diesen Korrekturen handelt es sich nicht um einen „Verlust“, sondern lediglich um die Richtigstellung von bisher zu hoch ausgewiesenen Gemeindesteuern resp. zu tief ausgewiesenen Erträgen im Bereich der Abwasserbeseitigung. Dadurch entsteht kein direkter Schaden für die Gemeinde.

An dieser Stelle ist zu betonen, dass dieser Fehler nichts mit der Rechnungsstellung und dem Inkasso der Steuern zu tun hat, sondern mit der Verbuchung und dem Kontenabgleich, wofür die Finanzverwalterin zuständig war.

François Sandoz geht zur Investitionsrechnung 2010 über.

Investitionsrechnung:

Verwaltungsvermögen	Ausgaben	Fr.	546'144.15	200'000.00
	Einnahmen	Fr.	<u>0.00</u>	<u>0.00</u>
	Ausgabenüberschuss	Fr.	215'867.70	200'000.00
Wasser (Spez. Finanz.):	Ausgaben	Fr.	198'791.70	0.00
	Einnahmen	Fr.	<u>0.00</u>	<u>0.00</u>
	Ausgabenüberschuss	Fr.	198'791.70	0.00
Abwasser (Spez. Finanz.):	Ausgaben	Fr.	47'541.35	60'000.00
	Einnahmen	Fr.	<u>0.00</u>	<u>0.00</u>
	Ausgabenüberschuss	Fr.	47'541.35	60'000.00

Die wesentlichen Abweichungen gegenüber Budget in der Investitionsrechnung (Verwaltungsvermögen) sind aufgrund des nachträglich genehmigten Kredits für den Kauf der Liegenschaft Eggmann (Fr. 424'768.50) entstanden.

François Sandoz legt sogleich auch die Zusammenfassung der Nachtragskredite der laufenden Rechnung 2010 vor und erläutert diese:

- Die Summe der Nachtragskredite bei den budgetierten und nicht budgetierten Ausgaben ist höher als die Kompetenz des Gemeinderates. Diese müssen somit durch die Gemeindeversammlung genehmigt werden.
- Viele Abweichungen sind auf eine schlechte Budgetierung sowie auf Veränderungen, welche nach der Budgeterstellung bekannt wurden, zurückzuführen (Organisation Verwaltung, MwSt.-Kontrolle, Unterbringung Asylanten, Schulen Leimental, interne Verrechnungen TD, usw.).
- Auch führten einige Änderungen in der Kontierung zu diversen Abweichungen (Birkenhof, Sägi).
- Bei der Investitionsrechnung sind keine wesentlichen Überschreitungen zu verzeichnen.

Abschliessend bittet François Sandoz nun die RPK, ihren Bericht vorzulesen.

Carlo Andreatta, Präsident der Rechnungsprüfungskommission, erwähnt, dass der Bericht ab diesem Jahr aufgrund neuer Kantonsvorgaben in einem neuen Wortlaut verfasst wird und somit deutlich länger ist als in den Jahren zuvor. Inhaltlich ist jedoch nichts anders und deshalb liest er lediglich die beiden letzten Absätze des Bestätigungsberichtes vor:

Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet. Nach unserer Beurteilung entspricht die Jahresrechnung der kantonalen Gesetzgebung und der Gemeindeordnung. Wir beantragen der Gemeindeversammlung, die Jahresrechnung 2010, abschliessend mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 31'926.74 zu genehmigen.

Ferner machen wir aufmerksam, dass im Anhang unter „A7 Rechnung 2010 – wesentliche Änderungen Rechnungslegung“ die Differenzbuchhaltungen auf den Konti Gemeindesteuern (1012.00) und Debitorensammelkonto (1015.00) gesondert vermerkt sind. Entsprechend wurde zu Lasten der Laufenden Rechnung CHF 348'654.51 bzw. zu Lasten der Spezialfinanzierung CHF 46'027.86 verbucht.

Gerne beantwortet Carlo Andreatta allfällige Fragen zum RPK-Bericht.

Jörg Schermesser erinnert daran, dass die RPK im letzten Jahr als Versager titulierte wurde. Er fragt sich, wie es heute aussieht, ob sie Versager sind und weist darauf hin, dass die Mitglieder der RPK zu 80 % Laien sind, was wiederum bedeutet, dass der Präsident die Aufgaben klar verteilen muss. Er selber weiss nicht, wie die letzten Prüfungen von statten gingen. Seit längerem werden aber immer wieder Fehler festgestellt, weshalb er es sinnvoll fände, wenn die RPK aus Personen, die in der Finanzbranche tätig sind, bestehen würde.

Carlo Andreatta sagt, dass keine Laien, sondern alles ausgewiesene Fachleute in der RPK sind. Er als Präsident verfügt über diverse Diplome, die für dieses Amt notwendig sind. Zum Vorwurf des Versagers möchte er sagen, dass ihn diese Situation mit der Saldokorrektur ebenfalls belastet hat. Sie hatten bereits im letzten Jahr eine Differenz festgestellt. Da ihnen aber niemand weiterhelfen konnte, konnten sie diese auch nicht weiter untersuchen. Sie als Revisoren sind darauf angewiesen, dass sie Hilfe von der Verwaltung und den zuständigen Personen erhalten, was aber leider nicht immer der Fall war. So hatten sie einige Probleme bei der Durchführung der Revision. Er möchte diese ganze Situation aber nicht schön reden, er hofft lediglich, dass bessere Zeiten auf Bättwil zukommen.

François Sandoz sagt, dass der Erläuterungsbericht auf der Verwaltung eingesehen oder abgeholt werden kann. Er wird jedoch nicht auf der Homepage veröffentlicht, da er zum Teil sehr detailliert ist und nicht für alle Internet-Nutzer einsehbar sein sollte. Ebenfalls wird der Gemeinderat eine Stellungnahme dazu abgeben.

François Sandoz schlägt vor, dass die Rechnung wie gewohnt durchgegangen wird und die Hauptpositionen vorgelesen werden, so dass die Versammlung jeweils Fragen dazu stellen kann. Er übergibt das Wort an Paul Schönenberger:

Konto	Bezeichnung	Aufwand in Fr.	Ertrag in Fr.
0	Allgemeine Verwaltung	654'009.33	158'676.50
1	Öffentliche Sicherheit	131'655.64	65'510.05
2	Bildung	2'500'797.17	786'543.10
3	Kultur, Freizeit	32'146.25	200.00
4	Gesundheit	76'278.70	0.00
5	Soziale Wohlfahrt	840'705.95	107'261.85
6	Verkehr	448'589.05	147'795.85
7	Umwelt, Raumordnung	786'747.48	715'988.58
8	Volkswirtschaft	45'277.30	70'934.45
9	Finanzen, Steuern	848'467.06	4'311'763.55

Lilly Tagni möchte wissen, weshalb unter 210, Schulkreis Bättwil-Witterswil, ein Mehraufwand gegenüber dem Voranschlag besteht? François Sandoz erklärt, dass diverse kleinere Reparaturen an der Schule und am Mehrzweckgebäude vorgenommen werden mussten und somit ein Mehraufwand entstanden ist.

Lilly Tagni fragt, ob wir die Mehrzweckhalle auch nutzen dürfen, wenn wir schon dafür bezahlen müssen? François Sandoz sagt, dass wir tatsächlich einen grossen Anteil daran bezahlen und daher sicherlich auch Vergünstigungen bei einer allfälligen Benützung erhalten würden.

Paul Schönenberger geht noch auf den Posten 217.461.00, Kantonsbeitrag an Lehrerbesoldungen ein und sagt, dass diese Kosten wesentlich höher ausgefallen sind als dass sie budgetiert wurden. Dies aufgrund dessen, dass es sich bei den Jahren 2009 und 2010 um Subventionsjahre handelte und diese abgegrenzt wurden. Ebenfalls ist der Posten 215.461.00, Kantonsbeitrag an Besoldung, tiefer als budgetiert, da im 2009 rund Fr. 40'000.-- zu viel abgegrenzt wurden.

Lilly Tagni fragt, weshalb die soziale Wohlfahrt teurer ausgefallen ist als budgetiert wurde? Paul Schönenberger sagt, dass die Kosten für die Sozialregion Dorneck wesentlich höher ausgefallen sind als budgetiert. Man muss aber auch sehen, dass diverse Posten günstiger abgeschlossen haben als budgetiert wurde.

Lilly Tagni möchte wissen, ob die Gemeinde oder der Kanton festlegt, was für soziale Unterstützungsbeiträge bezahlt werden?

Paul Schönenberger erklärt, dass die Sozialregion Dorneck Angaben vom Kanton erhält und die Gemeinde diesbezüglich keinen Einfluss hat. Auch wird die Sozialregion Dorneck vom Kanton und einer RPK geprüft.

Lilly Tagni erkundigt sich, ob jedermann nach Bättwil zuziehen kann und von der Gemeinde unterstützt wird?

François Sandoz sagt, dass wir die gleichen Vertreter wie schon vor Jahren haben und der Sozialbereich zu 99 % vom Bund und Kanton definiert wird, daher hat mit der Sozialregion Dorneck gegenüber der bisherigen Lösung SOSOL nichts geändert. Ausserdem wird Sozialhilfe überall gleich geleistet.

Paul Schönenberger geht noch auf den Posten 620.313.00, Salz / Splitt Winterdienst, ein. Dieser Posten ist höher ausgefallen als budgetiert, da wir zum einen einen sehr schneereichen Dezember hatten und weil auch Salz für die Jahre 2010 und 2011 einberechnet wurde. Zum 620.490.00, Interne Verrechnungen TD, ist zu sagen, dass dieser Posten ebenfalls eine grosse Abweichung zum Budget aufweist, jedoch im Rahmen der Rechnung 2009 liegt. Unter 701.319.00, übriger Sachaufwand, ist zu erwähnen, dass Fr. 36'000.-- Nachbelastung an die Mehrwertsteuer der Jahre 2006 – 2009 bezahlt werden musste. Der Posten 711.319.00, übriger Sachaufwand, beinhaltet ebenfalls die Kosten für die MwSt.-Kontrolle für die Jahre 2006 – 2009. Der Posten 721.319.00, übriger Aufwand, ist neu, da seit dem 1. Januar 2010 ein neues MwSt.-Gesetz besteht. Dies bedeutet für uns, dass wir in Sachen Abfallbeseitigung ebenfalls MwSt.-pflichtig sind.

Zur Investitionsrechnung ist zu sagen, dass es sich bei 1, Öffentliche Sicherheit, um die Anzahlung an das neue Tanklöschfahrzeug der Feuerwehr handelt. Bei 2, Bildung, sind Ausgleichszahlungen gemeint, die noch etwa 3 bis 4 Jahre laufen. Bei 7, Umwelt / Raumordnung, geht es um den Ersatz der Wasserleitung in der Rebenstrasse wie auch in der Witterswilerstrasse, die Sanierung der Abwasserkanäle, Gewässerverbauungen und die Teilrevision Zonenplan.

Lilly Tagni fragt, ob nun die endgültige Fassung des Zonenplanes vorliegt?

François Sandoz dementiert. Die Teilrevision wurde noch nicht abgeschlossen und auch nicht aufgelegt. Er denkt, es sollte nicht mit einer Revision vor 2012 gerechnet werden, da wir die Auflage bezüglich der Benkenstrasse abwarten müssen, um mit der Teilrevision fortfahren zu können.

Lilly Tagni möchte ebenfalls wissen, wann die Unterlagen zur Baulandumlegung der Reservezone Eichacker erhältlich sind?

François Sandoz sagt, dass dies frühestens im 2012 der Fall sein wird.

Zur Bestandesrechnung werden keine Fragen gestellt.

François Sandoz sagt, dass sämtliche Nachtragskredite, die Fr. 4'000.-- überschreiten, auf einer Liste aufgeführt sind und nun zur Genehmigung vorliegen. Die Mehraufwände wurden bereits im letzten Jahr genehmigt, so dass wir von einem Total von Fr. 205'195.08 sprechen. Bei denjenigen Krediten, die Fr. 10'000.-- übersteigen, sprechen wir von total Fr. 239'888.65. Dann gibt es noch einen Nachtragskredit in der Investitionsrechnung von Fr. 17'838.90, bei dem die Subventionen vom Kanton aber noch ausstehend sind. Sobald diese eintreffen, sollte dieser Posten ausgeglichen sein.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, schliesst François Sandoz die Beratung und schreitet zur Abstimmung.

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, die Investitionsrechnung 2010 zu genehmigen.

Mit grossem Mehr und vier Enthaltungen wird die Investitionsrechnung 2010 genehmigt.

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, die Nachtragskredite der laufenden Rechnung 2010 zu genehmigen.

Mit grossem Mehr und vier Enthaltungen werden die Nachtragskredite der laufenden Rechnung 2010 genehmigt.

22. Juni 2011

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, der Rechnung 2010 wie vorgelegt zuzustimmen.

Mit grossem Mehr und sechs Enthaltungen wird der Rechnung 2010 zugestimmt.

Kreditantrag Sanierung Strassensammler Gemeindestrassen

François Sandoz gibt das Wort an Hans Jörg Känel.

Dieser erklärt, dass bei den üblichen Wartungsarbeiten durch den Technischen Dienst in diesem Frühling beträchtliche Schäden an den Strassensammlern im Bereich der Gemeindestrassen festgestellt wurden. 82 Sammler müssen demnach saniert werden. Um weiteren Schäden vorzubeugen sowie aus Sicherheitsgründen müssen diese Strassensammler so rasch als möglich saniert werden.

Bei ca. 64 Sammlern kann die Reparatur durch den Technischen Dienst durchgeführt werden. Die Totalsanierung der weiteren 18 Stücke muss extern vergeben werden.

Die Kosten für diese Sanierung setzen sich wie folgt zusammen:

- | | |
|---|-------------------------------------|
| - Totalsanierung 18 Strassensammler | Fr. 27'000.00 |
| - Reparatur 64 Strassensammler durch den TD | Fr. 43'000.00 (Material und Arbeit) |

Somit wir ein Nachtragskredit zu Lasten der Investitionsrechnung 2011 von Fr. 70'000.-- beantragt.

François Sandoz fragt die Versammlung, ob das Wort zum Eintreten auf das Geschäft verlangt wird.

Da dies nicht der Fall ist, wird die Eintretensfrage gestellt.

Der Gemeinderat schlägt vor, dass auf das Geschäft eingetreten wird.

Mit grossem Mehr und zwei Enthaltungen wird auf das Geschäft eingetreten.

Florian Finardi fragt, was genau saniert werden muss, der Deckel? Hans Jörg Känel sagt, dass es zum Teil die Deckel sind, meistens aber das Mauerwerk saniert werden muss.

Florian Finardi möchte wissen, ob diese Arbeiten durch den Technischen Dienst ausgeführt werden können, so dass diese auch längerfristig verheben? Hans Jörg Känel bejaht und sagt, dass der Grossteil durch den Technischen Dienst saniert werden kann. Bei denjenigen mit Totalsanierung wird eine Baufirma beauftragt.

Carlo Andreatta fragt, ob die internen Kosten der Laufenden Rechnung gutgeschrieben werden? François Sandoz bejaht.

Walter Brunner fragt, wo sich die sanierungsbedürftigen Sammler befinden? Hans Jörg Känel erklärt, dass sie über das ganze Gemeindegebiet (Gemeindestrassen) verteilt sind.

François Sandoz ergänzt, dass ein grosser Teil im Neubauquartier ist. Der Gemeinderat hat sich hierzu bereits Gedanken und es sieht so aus, als ob nicht immer mit der besten Qualität gearbeitet wurde. Auch wurde sehr lange damit abgewartet, bis der Feinbelag eingebaut wurde.

Hans Jörg Känel sagt weiter, dass nicht immer optimal gebaut wurde. So ist beispielsweise beim Apfelweg noch immer kein Feinbelag eingebaut worden, so dass die Strassensammler einer stärkeren Belastung ausgesetzt sind als wie wenn ein solcher eingebaut wäre. Es muss aber auch beachtet werden, dass wir zwei strenge Winter hinter uns haben, die den Strassen stark zugesetzt haben. Ebenfalls wurden im Rahmen der Sparanstrengungen solche Arbeiten vernachlässigt.

Walter Brunner weist darauf hin, dass beim Apfelweg gebaut werden soll. Wenn jetzt die Strassensammler saniert werden, wird es dann wieder zu Schäden kommen.

François Sandoz sagt, dass wir nicht wissen, wann dort gebaut wird und nicht so lange abwarten können.

22. Juni 2011

Alfred Gschwind wünscht, dass sich der Gemeinderat überlegt, ob nicht reduzierter Winterdienst, aus Kostengründen, eingeführt wird.

François Sandoz nimmt dies zur Kenntnis, sieht jedoch keinen direkten Zusammenhang zur Sanierung der Strassensammler.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, schliesst François Sandoz die Beratung und schreitet zur Abstimmung.

Der Gemeinderat beantragt die Genehmigung eines Nachtragskredites zu Lasten der Investitionsrechnung 2011 für die Sanierung von 82 Strassensammlern in der Höhe von Fr. 70'000.--.

Mit grossem Mehr und drei Enthaltungen genehmigt die Gemeindeversammlung ein Nachtragkredit zu Lasten der Investitionsrechnung 2011 für die Sanierung von 82 Strassensammlern in der Höhe von Fr. 70'000.--.

5. Kreditantrag Neubau Velounterstand BLT Haltestelle Bättwil

François Sandoz gibt das Wort an Hans Jörg Känel.

Dieser erklärt, dass nachdem im 2008 der Mietvertrag für den Velounterstand am Bahnweg 4 durch die Gemeinde aus Kostengründen gekündigt worden ist, müssen Fahrräder beim Alten Schulhaus, also relativ weit weg von der Haltestelle, abgestellt werden. Zudem verfügt die aktuelle Lösung über kein Dach, was bedeutet, dass die abgestellten Fahrräder der Witterung ausgesetzt sind. Schon damals wurde aber Kontakt mit der BLT aufgenommen, um eine neue Lösung in unmittelbarer Nähe der Haltestelle zu finden. Nun, im Zuge der Erneuerung der Bahnstrecke in diesem Bereich, hat die BLT eine mögliche Lösung ausgearbeitet und dem Gemeinderat vorgeschlagen. Da der Grundeigentümer mit dem Verkauf der benötigten Fläche einverstanden ist, könnten die Arbeiten sofort, während der aktuellen Baustelle, ausgeführt werden.

Diese Lösung sieht vor, dass ein überdachter Veloabstellplatz direkt neben dem Wartehaus realisiert werden soll.

Dabei würde die BLT den erforderlichen Landerwerb tätigen und den Velounterstand realisieren. Die Gemeinde müsste 50 % der Baukosten von ca. Fr. 35'000.-- übernehmen und wäre dann für den Unterhalt des Unterstandes zuständig. Mauerwerk und Boden würden im Besitz der BLT verbleiben.

Hans Jörg Känel möchte sich an dieser Stelle für den Neubau eines Velounterstandes aussprechen und ist der Meinung, dass jetzt der richtige Zeitpunkt wäre, diesen zu realisieren.

François Sandoz zeigt anhand eines Planes, wie der Velounterstand aussehen würde. Auch sagt er, dass es sich hierbei um eine nachhaltige Lösung handelt und nicht um eine Notlösung wie wir sie jetzt beim alten Schulhaus haben.

François Sandoz fragt die Versammlung, ob das Wort zum Eintreten auf dieses Geschäft verlangt wird.

Da dies nicht der Fall ist, stellt er die Eintretensfrage.

Der Gemeinderat schlägt vor, dass auf das Geschäft eingetreten wird.

Es wird einstimmig auf dieses Geschäft eingetreten.

Peter Biber weist darauf hin, dass am Bahnweg in der Nähe des Wartehäuschens ein allgemeines Fahrverbot gilt, an das sich aber leider niemand hält. Mit der neuen Variante, ein Velounterstand direkt beim Wartehäuschen, ziehen wir es vor, dass jeder bis zur Haltestelle fährt. Trotzdem ist er dafür, dass etwas unternommen wird.

Hans Jörg Känel sagt, dass dem Gemeinderat dieses Problem bekannt ist. Im Zuge der Sanierung wurde bei der BLT ein Begehren gestellt, dass Hindernisse / Schikanen eingebaut werden.

Peter Biber möchte wissen, ob diese Kosten in den Fr. 20'000.-- inbegriffen sind? François Sandoz verneint, weist aber darauf hin, dass wir eine Reserve haben.

Kurt Thüring fragt, ob jemals die Anzahl abgestellter Velos gezählt wurde? François Sandoz verneint, sagt aber, dass der jetzige Veloabstellplatz jeweils am Morgen rege genutzt wird. Am Nachmittag nimmt der Nutzen dann aber ab.

Florian Finardi fragt, ob ein fest montierter Veloständer vorgesehen ist? Hans Jörg Känel bejaht.

Walter Brunner hat Bedenken bezüglich der Schikanen. Er ist der Meinung, dass es mit einem Pfosten nicht getan ist. Eine Schikane muss für Koffer und Kinderwägen passierbar

sein, was bedeutet, dass sie so breit sein müssen, dass die Velos trotzdem wieder durchfahren können. Ausserdem können die Velofahrer auch ein Stückchen laufen.

François Sandoz ist aber der Meinung, dass ein Velounterstand unmittelbar in der Nähe der Haltestelle sein sollte. Ansonsten können wir bei der aktuellen Lösung bleiben.

Walter Brunner weist ebenfalls auf den Vandalismus hin und warnt davor, dass wir für diese Kosten aufkommen müssen, wenn wir Besitzer dieses Abstellplatzes sind. François Sandoz sagt, dass wir genau aus diesem Grund eine einfache Lösung aus stabilen Materialien bevorzugen.

Alfred Gschwind ist für den Neubau eines Velounterstandes. Er ist nicht erfreut, dass jetzt einfach überall Fahrräder herumstehen. Er denkt aber, dass wenn die BLT das Land erwirbt, sie auch für die Reinigung aufkommen und diese Arbeiten nicht vom Technischen Dienst ausgeführt werden sollten. François Sandoz sagt, dass dieser Punkt noch nicht geregelt ist.

Alain Randin fragt, ob diesbezüglich ein Baugesuch eingereicht wird? François Sandoz denkt schon. Es muss noch geprüft werden, ob auch ein vereinfachtes Gesuch ausreicht.

Hans-Georg Leuenberger, der Grundeigentümer des Landes, sagt, dass sie ihr Grundstück vor 35 Jahren erworben haben. Zwischenzeitlich hat die BLT mehrmals angefragt, ob sie den Böschungsbereich an sie verkaufen würden, was sie aber immer verneint haben. Dieses Jahr, in Anbetracht der Sanierung des Tramtrasses, hat die BLT erneut angefragt. Er selber fände es sinnvoll und wäre bereit, das Land an die BLT abzutreten. Er denkt auch, dass die Gemeinde dadurch profitieren könnte, denn einen besseren Zeitpunkt als jetzt, um diesen Velounterstand zu bauen, gibt es in seinen Augen nicht, da bereits sämtliche Maschinen vor Ort sind. Daher sollte dem Antrag zugestimmt werden.

Florian Finardi meint, dass es selten vorkommt, dass die BLT die Umgebung des Tramhäuschens putzt, meist wird dies vom Technischen Dienst erledigt.

Verena Leuenberger ist nicht dieser Meinung. Jeden Morgen kommt jemand von der BLT, der die Umgebung wischt.

Carlo Andreatta wünscht, dass das Eigentum des Velounterstandes im Grundbuch als dringliches Recht in Form einer Grunddienstbarkeit vermerkt werden soll. Die Dauer dieser Grunddienstbarkeit soll unbeschränkt sein. Damit soll bezweckt werden, dass der Eigentümer unser Recht später nicht willkürlich einschränken kann und darf.

Hans-Georg Leuenberger sagt, dass die BLT nur darauf wartet, dieses Grundstück zu erwerben. Auch ist es so, dass er in absehbarer Zeit seine Liegenschaft verkaufen wird, somit ist nicht klar, wie die Situation nachher aussehen würde.

Jörg Schermesser spricht sich ebenfalls für den Kauf aus, wünscht jedoch, dass die BLT den gesamten Unterhalt übernimmt.

François Sandoz sagt, dass dies noch mit der BLT geklärt wird.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, schliesst François Sandoz die Beratung und schreitet zur Abstimmung.

Der Gemeinderat beantragt die Genehmigung eines Nachtragskredites zu Lasten der Laufenden Rechnung 2010 für die Realisierung eines Velounterstandes bei der Haltestelle Bättwill in der Höhe von Fr. 20'000.-.

22. Juni 2011

Mit grossem Mehr, zwei Gegenstimmen und vier Enthaltungen genehmigt die Gemeindeversammlung einen Nachtragskredit zu Lasten der Laufenden Rechnung 2010 für die Realisierung eines Velounterstandes bei der Haltestelle Bättwil in der Höhe von Fr. 20'000.-.

6. Genehmigung Umwandlung ZSOL in einen Zweckverband

François Sandoz gibt das Wort an Hans Peter Isenschmid.

Hans Peter Isenschmid zeigt eine Powerpoint-Präsentation und geht auf die wesentlichen Punkte ein:

Die Zivilschutzorganisation Leimental, wo Bättwil auch Mitglied ist, basiert zurzeit auf einem öffentlichen Zusammenarbeitsvertrag mit einer Leitgemeinde. Leitgemeinde und somit geschäftsführende Gemeinde ist die Gemeinde Oberwil. Nun hat die ZSOL die Umwandlung der Organisation in einen Zweckverband beschlossen.

Gründe dafür sind:

- Die Lösung mit Oberwil als Leitgemeinde war bei der Gründung im Jahr 2000, mit lediglich 4 Gemeinden aus dem Kanton Baselland (Oberwil, Biel-Benken, Therwil, Ettingen) zweckmässig, jedoch heute, nach dem Beitritt der Gemeinden aus dem hinteren Leimental (2007) sowie Bottmingen (2003) zu wenig geeignet, um den verschiedenen Interessen und Gegebenheiten (z. B. überkantonale Zusammenarbeit) gerecht zu werden.
- Die betriebliche und organisatorische Abwicklung über die Gemeindeverwaltung Oberwil hat bisher zwar gut funktioniert, ist jedoch nicht optimal auf die ZSOL Aufgaben eingestellt, was Effizienz und Führung negativ beeinflusst.
- Zudem ist die ZSOL in der heutigen Struktur keine selbständige Rechtspersönlichkeit, was mit der Gründung eines Zweckverbandes korrigiert wird. Dadurch wird die ZSOL autonom und kann ihre Führungsstrukturen optimal auf ihre Aufgabenstellung ausrichten. Bisher wurde die ZSOL durch eine einzige Gemeinde (Oberwil) rechtlich vertreten, was nicht unbedingt der Grundidee eines Verbundes entsprach.

Nebst der Zivilschutzorganisation wird auch der Regionalführungsstab (RFS) im Zweckverband integriert, da dieser ebenfalls aus denselben Gemeinden wie die ZSOL besteht und durch einen ähnlichen Vertrag geregelt ist.

Die Änderung der Rechtsform soll keine Auswirkungen in finanzieller Hinsicht haben und es ist davon auszugehen, dass die Kosten auf dem bisherigen Niveau bleiben werden.

Alle Mitgliedsgemeinden des ZSOL, vertreten durch ihren Gemeinderat, haben die Umwandlung und den entsprechenden Statuten genehmigt. Eine Vorprüfung der Statuten durch die zuständigen Stellen beider Kantone (BL und SO) hat mit positivem Ergebnis stattgefunden. Nun müssen die Gemeindeversammlungen der Mitgliedsgemeinden ebenfalls der Umwandlung zustimmen. Nur wenn alle Gemeinden die neuen Statuten genehmigen, wird der Zweckverband mit dem Namen Verband Bevölkerungs- und Zivilschutz Leimental (VBZL) gegründet werden können.

François Sandoz fragt die Versammlung, ob das Wort zum Eintreten auf das Geschäft verlangt wird.

Da dies nicht der Fall ist, wird die Eintretensfrage gestellt.

Der Gemeinderat schlägt vor, dass auf das Geschäft eingetreten wird.

Mit grossem Mehr und zwei Enthaltungen wird auf das Geschäft eingetreten.

François Sandoz informiert die Versammlung noch darüber, dass die Gründung eines Zweckverbandes ermöglichen würde, ein eigenes Vermögen zu haben.

Da keine Fragen gestellt werden, schreitet François Sandoz sogleich zur Abstimmung. Er fragt die Versammlung, ob sie damit einverstanden sind, wenn es zu einer globalen Abstimmung kommt, was mehrheitlich bejaht wird.

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, die Umwandlung der Zivilschutzorganisation Leimental in einen Zweckverband und den entsprechenden Statuten zuzustimmen. D. h.

- 1. Die Statuten des Zweckverbandes Bevölkerungs- und Zivilschutz Leimental VBZL werden genehmigt.**
- 2. Die Genehmigung erfolgt vorbehältlich der Zustimmung durch die übrigen ZSOL-Gemeinden.**
- 3. Vorbehältlich 1 und 2 tritt die Gemeinde Bättwil aus dem ZSOL Vertrag und aus dem RFS Vertrag aus.**
- 4. Vorbehältlich 1 und 2 tritt die Gemeinde Bättwil dem VBZL bei.**

Mit grossem Mehr und zwei Enthaltungen stimmt die Gemeindeversammlung der Umwandlung der Zivilschutzorganisation Leimental in einen Zweckverband und den entsprechenden Statuten zu.

7. Dringliche Motion von Kurt Thüring – U-Abo-Abgabe an Bättwiler Schülerinnen und Schüler

François Sandoz erklärt, dass es gemäss Gemeindegesetz möglich ist, jetzt über diese Motion zu befinden, obwohl sie nicht als offizielles Traktandum geführt wurde. Bei dieser Motion geht es darum, dass die Gemeinde zusätzlich zum bisherigen Gemeindebeitrag den vom Kanton gestrichenen Beitrag zum U-Abo des öffentlichen Verkehrs für alle Schülerinnen und Schüler von Bättwil ab dem Schuljahr August 2011 übernimmt.

François Sandoz sagt, dass nun zuerst über die Dringlichkeit und dann über die Erheblichkeit abgestimmt werden muss.

Kurt Thüring meldet sich zu Wort. Er sagt, dass es sich hierbei um eine sehr grosse Dringlichkeit handelt. Vor zwei Wochen haben sämtliche Eltern ein Schreiben der Gemeindeverwaltung erhalten, in dem steht, dass ab dem Schuljahr 2011/2012 auf die Abgabe der U-Abo's verzichtet wird. Die Eltern hatten daher gar keine Möglichkeit vorher zu reagieren, da dieses Schreiben fast zeitgleich wie die Einladung für die Gemeindeversammlung verschickt wurde.

Jörg Schermesser sagt, dass Kurt Thüring immer von vielen Leuten spricht und fragt, ob denn diese heute auch anwesend sind. Kurt Thüring bejaht und sagt, dass einige hier sind. Leider konnten nicht mehrere kommen, da sie aufgrund des Datenschutzes nicht sämtliche Adressen der Eltern erhalten haben. Auf das von ihm kreierte Flugblatt gab es aber eine sehr gute Resonanz, weshalb er denkt, in dieser kurzen Zeit das möglichste getan zu haben.

François Sandoz möchte nun über die Dringlichkeit dieser Motion abstimmen. Er erklärt, dass wenn die Dringlichkeit angenommen wird, über die Erheblichkeit abgestimmt werden muss. Wenn dieser ebenfalls zugestimmt wird, wird der Gemeinderat damit beauftragt, Lösungsvorschläge für die kommende Gemeindeversammlung vom September 2011 vorzubereiten. Ist die Erheblichkeit jedoch nicht gegeben, ist der Gemeinderat frei, bis wann er diese Lösungsvorschläge ausarbeitet.

Mit 17 Zu-, 3 Gegenstimmen und 12 Enthaltungen beschliesst die Gemeindeversammlung, dass die Dringlichkeit dieser Motion gegeben ist.

Lilly Tagni möchte wissen, welche Strecke das Netz des U-Abo umfasst? Laut François Sandoz ist dies die gesamte Nordwestschweiz.

Walter Brunner fragt, was denn genau gestrichen wurde? François Sandoz wollte eigentlich nicht ins Detail gehen, geht nun aber doch auf die wichtigsten Punkte ein. Er sagt, dass die Gemeinde im 2010 eine Subvention vom Kanton in der Höhe von Fr. 15'000.-- für die Abgabe der U-Abo's erhalten hat. Die Kosten für die U-Abo's für ein Jahr bei rund 70 Schülern belaufen sich auf rund Fr. 31'500.--. Bisher sind rund 60 % dieser Kosten zu Lasten der Gemeinde gegangen. Nun hat der Kanton aber eine Schülertransportverordnung gutgeheissen, die sagt, dass ein Weg von 5 km für Schüler ab der 5. Klasse zumutbar ist. Da der Weg von den Schülern von Bättwil nicht 5 km entspricht, hat der Kanton die Subventionen für die Gemeinde gestrichen. Alle Gemeinden, die jedoch mehr als 5 km entfernt sind, erhalten 100 % an Subventionen. Konkret heisst dies, dass Hofstetten rund 100 % für 50 % der Schüler subventioniert bekommt, Witterswil hat eine Ausnahmeregelung, die besagt, dass im Winter während 6 Monaten die U-Abo's vom Kanton übernommen, also ca. 50 % der Kosten subventioniert werden. Einzig Bättwil bekommt gar keine Subventionen mehr und müsste somit sämtliche Kosten alleine tragen. Falls diese Motion jedoch angenommen werden sollte, müsste der Gemeinderat nochmals das Gespräch mit dem Kanton suchen.

Alfred Gschwind weist darauf hin, dass demnächst die Sanierung der Hauptstrasse beginnt. Dabei ist keine Verbesserung für den Veloverkehr vorgesehen, so dass er der Meinung ist,

22. Juni 2011

dass die Kinder und Jugendlichen aus Sicherheitsgründen von der Strasse wegkommen und wir die Kosten für das U-Abo übernehmen sollten.

François Sandoz möchte nur kurz einbringen, dass bei der Sanierung der Hauptstrasse ein Velostreifen bergwärts realisiert wird.

Kurt Thüring sagt, dass wohl alle der Meinung sind, dass es zumutbar ist, mit dem Velo in die Schule zu fahren. Es geht ihm wie auch vielen anderen Eltern lediglich um Gerechtigkeit gegenüber den Schülern. Es ist ihm auch bewusst, dass die Subventionierung des U-Abo's eigentlich Luxus ist, aber dadurch wird der öffentliche Verkehr auch gefördert und die Kinder könnten dazu erzogen werden, weiterhin den ÖV zu benutzen.

François Sandoz ergreift das Wort und möchte, dass diese Diskussion nicht heute geführt sind, sondern erst dann, wenn wirklich über diese Motion abgestimmt wird.

Bruno Siegenthaler ist der Meinung, dass der Gemeinderat sämtliche Lösungen prüfen und nochmals mit dem Kanton verhandeln soll.

François Sandoz hat dieses Thema bereits am Regierungsratstreffen eingebracht, worauf er aber auf wenig Gehör gestossen ist. Der Gemeinderat wird aber nochmals versuchen, eine Lösung mit dem Kanton zu finden.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, lässt François Sandoz über die Erheblichkeitsfrage abstimmen.

Mit 16 Zu-, 4 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen wird auf die Erheblichkeitsfrage eingetreten.

Somit wird der Gemeinderat beauftragt, bis zur nächsten Gemeindeversammlung vom September 2011 Lösungsvorschläge auszuarbeiten, über die dann abgestimmt werden kann.

8. Diverses

Information betreffend Baugesuche

François Sandoz erläutert, dass der Aufruf zur nachträglichen Anmeldung von Bauten, die ohne Baubewilligung erstellt worden sind, ohne Erfolg geblieben ist.

Nun werden die der Gemeinde bekannten Fälle direkt angegangen und schriftlich aufgefordert, nachträglich eine Bewilligung einzuholen.

François Sandoz fragt die Versammlung, ob jemand unter Diverses ein Thema einbringen will oder irgendwelche Fragen hat.

Jörg Schermesser möchte sich an dieser Stelle für die speditive Sitzung bedanken und ist erfreut darüber, dass die Sitzung um 22.10 Uhr fertig ist.

Lilly Tagni bemängelt, dass niemand darüber informiert wurde, dass es für die Erstellung eines biometrischen Passes nicht mehr notwendig ist, nach Solothurn zu reisen. Seit neustem können die Bättwilerinnen und Bättwiler auch die Passbüros in Basel oder Liestal nutzen.

François Sandoz sagt, dass dies sehr wohl publiziert wurde, zum einen auf der Homepage und zum anderen im Aushangkasten bei der Gemeindeverwaltung.

Walter Brunner sagt, dass erneut Goldfische im Baeramsle-Weiher schwimmen. Er möchte, dass dieses Problem gelöst wird. François Sandoz nimmt dies entgegen und bittet Rolf Gschwind, sich darum zu kümmern.

Yvonne Imper fragt, ob es möglich ist, bei der provisorischen Haltestelle der BLT bei der Kapelle einen Abfalleimer aufzustellen? François Sandoz wird diese Anregung an die BLT weiterleiten.

Yvonne Imper weist erneut darauf hin, dass die Parkplätze bei der Kapelle andauernd von Fremden besetzt werden, wodurch die Friedhofsbesucher keinen Platz mehr haben, ihre Autos abzustellen. Sie wünscht, dass im Baeramsle-Blatt nochmals auf diese Problematik hingewiesen wird.

Florian Finardi sagt, dass gar keine andere Möglichkeit mehr zum Parkieren ausser beim Friedhof besteht, seit das Fahrverbot herrscht.

Beat Hüppi fragt, wie lange die Mobilfunkantenne bei der Garage Piccinato noch steht? Hans Peter Isenschmid sagt, dass er erst kürzlich ein Telefonat mit der Familie Piccinato hatte. Diese haben von der Orange ein Schreiben erhalten, das sie nun mit ihrem Anwalt prüfen wollen.

Lilly Tagni möchte wissen, ob die Gemeinde den Anwalt der Familie Piccinato bezahlt? François Sandoz verneint, dies ist Angelegenheit der Familie Piccinato.

Walter Brunner sagt, dass wenn der Vertrag zwischen der Firma Orange und der Familie Piccinato abgelaufen ist, die Antenne entfernt werden muss.

Alfred Gschwind hört immer wieder positive Meldungen was den Friedhof betrifft. So sind die Leute erfreut, dass beispielsweise die Mauer gesenkt wurde, wofür er sich beim Gemeinderat bedanken möchte. Dennoch besteht noch immer der Wunsch nach einem Bränneli. François Sandoz nimmt diesen Wunsch zur Kenntnis und wird ihn an die Werkkommission weiterleiten.

Hans Peter Isenschmid möchte noch etwas zum geplanten WC-Hüsli beim Friedhof sagen: Er hat dies beim Kanton abgeklärt, wo sie ihm erklärt haben, dass dies nicht bewilligt werden würde. Er wird nun aber versuchen, bei einer Beerdigung die Liegenschaft 38 an der

22. Juni 2011

Hauptstrasse 38, Firma Müller, zu öffnen, damit dort die Möglichkeit besteht, die Toiletten zu benutzen.

Alfred Gschwind denkt nicht dass es sich hierbei um eine optimale Lösung handelt, wenn die Leute immer zuerst so weit laufen müssen.

Nachdem keine weiteren Fragen gestellt oder Anmerkungen geäussert werden, schliesst François Sandoz um 22.30 Uhr die Gemeindeversammlung. Er bedankt sich bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für das zahlreiche Erscheinen und würde sich darüber freuen, wenn sie am anschliessenden Apéro teilhaben würden.

Der Gemeindepräsident:

Die Gemeindeschreiberin:

F. Sandoz

N. Künzi

Protokoll der

2. ausserordentlichen Gemeindeversammlung

vom 26. Oktober 2011

im OZL

Anwesend

Mitglieder Gemeinderat

François Sandoz, Gemeindepräsident
Hans Jörg Känel
Hans Peter Isenschmid
Edmond Bernard
Rolf Gschwind

Protokoll

Nicole Künzi

Technischer Dienst

Daniel Dallio

Gäste

-

Presse

Herr Tschan, BaZ

Abwesend

Dauer

19.30 – 23.30 Uhr

Eröffnung

François Sandoz eröffnet die Versammlung und begrüsst die Anwesenden zur ausserordentlichen Gemeindeversammlung 2011. Er ist erfreut darüber, dass so viele Einwohnerinnen und Einwohner an der Gemeindeversammlung teilnehmen.

Er stellt fest, dass die Einladung rechtzeitig im Anzeiger erfolgt, in alle Haushalte verteilt und die Unterlagen aufgelegt worden sind.

Ebenfalls begrüsst er Herrn Tschan von der Basler Zeitung und freut sich darüber, dass wieder einmal jemand von der Presse an einer Gemeindeversammlung anwesend ist.

Er stellt die Mitglieder des Gemeinderates, Hans Jörg Känel, Hans Peter Isenschmid, Edmond Bernard, Rolf Gschwind und seine Wenigkeit sowie die Angestellte der Gemeindeverwaltung, Nicole Künzi (Gemeindeschreiberin) und des Technischen Dienstes, Daniel Dallio, vor.

Wahl der Stimmzähler

François Sandoz kündigt die Wahl der Stimmzähler an und fordert die nicht stimmberechtigten Personen im Saal auf, in der hintersten Reihe Platz zu nehmen.

Als Stimmzähler schlägt er folgende Personen vor:

Links: Martin Doppler

Rechts inkl. GR-Tisch: Kurt Thüning

Da keine weiteren Vorschläge eingebracht werden, wird über die Wahl von Martin Doppler und Kurt Thüning abgestimmt.

Er stellt fest, dass die Stimmzähler einstimmig gewählt sind.

Die Stimmzähler zählen die Stimmberechtigten:

Es werden

Links: 47

Rechts: 47

Stimmberechtigte gezählt.

Es sind somit total 94 Stimmberechtigte anwesend.

Genehmigung der Traktandenliste:

François Sandoz geht nun zur Genehmigung der Traktandenliste über. Die Traktandenliste wird gemäss Einladung aufgelegt.

1. Wahl der Stimmenzähler
2. Genehmigung des Protokolls der Gemeindeversammlung vom 22.06.2011
3. Behandlung Motion K. Thüring bezüglich U-Abo's für OZL-Schüler
 - 3.1 Volle Kostenübernahme durch die Gemeinde (Motion Thüring)
 - 3.2 Teilweise Subventionierung durch die Gemeinde (Gegenvorschlag GR)
4. Genehmigung neues Equidenreglement
5. Genehmigung Anpassung Reglement über Grundeigentümerbeiträge und –gebühren
6. Genehmigung Anpassung Baureglement
7. Genehmigung einer Jugend-, Sport- und Kulturkommission
8. Erheblichkeitserklärung Motion Y. Kilcher betreffend Erhöhung der Honorare, Entschädigungen und Sitzungsgelder für nebenamtliche Funktionen
9. Verschiedenes

François Sandoz fragt in die Runde, ob noch eine Traktandenänderung gewünscht wird.

Reto Haag meldet sich und sagt, dass er noch einen zusätzlichen Antrag zum Traktandum 3 hat. François Sandoz ist der Meinung, dass wir aufgrund einer Zusatzvariante keine Traktandenänderung vornehmen müssen und es ausreicht, wenn Reto Haag seinen Antrag erläutert, sobald wir zum entsprechenden Traktandum gelangen.

Da keine weiteren Änderungen gewünscht werden, schreitet François Sandoz zur Abstimmung.

Der Gemeinderat beantragt, der Traktandenliste zuzustimmen.

Die Gemeindeversammlung stimmt der Traktandenliste einstimmig zu.

1. **Genehmigung des Protokolls der Gemeindeversammlung vom 22. Juni 2011**

Das Protokoll vom 22. Juni 2011 konnte während den Schalterstunden bei der Gemeindeverwaltung eingesehen und zusätzlich im Internet unter www.baettwil.ch abgerufen werden.

François Sandoz fragt die Versammlung, ob Änderungen oder Anmerkungen zum Protokoll gewünscht werden?

Kurt Thüring wünscht, dass die von ihm eingereichte Motion unter Punkt 7 wörtlich wiedergegeben wird.

François Sandoz hat auch noch eine Änderung anzubringen: Auf Seite 20 muss der zweit-letzte Absatz folgendermassen geändert werden:

„Mit 16 Zu-, 4 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen wird auf die Erheblichkeitsfrage eingetreten“.

„Mit 16 Zu-, 4 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen wird **die Motion als erheblich erklärt.**“

Da keine weiteren Änderungen / Anmerkungen geäussert werden, wird sogleich zur Abstimmung geschritten.

Das Protokoll vom 22. Juni 2011 mit den oben erwähnten Änderungen wird mit grossem Mehr und einer Enthaltung genehmigt und an Nicole Künzi verdankt.

2. Behandlung Motion K.Thüring bezüglich U-Abo's für OZL Schüler

Nachdem zu Beginn des Schuljahres 2011 – 2012 die neue Verordnung über die Subventionierung von Schülertransporten im Kanton Solothurn in Kraft getreten ist, erhalten die Bättwiler Schüler aufgrund der Nähe der Schule keine Subventionen mehr für das U-Abo. Nach mehreren erfolglosen Vorstössen beim Kanton um die Beibehaltung der alten Lösung zu erzielen, hat der Gemeinderat Bättwil beschlossen, die fehlenden Subventionen nicht selbst zu übernehmen und somit die Abgabe von gratis U-Abo's an die Bättwiler Schüler aufgrund der neuen Situation zu beenden. Die Eltern wurden dementsprechend vor Ende des Schuljahres schriftlich darüber informiert.

Anlässlich der Gemeindeversammlung vom 22. Juni 2011 wurde zu diesem Thema eine dringliche Motion, welche die Fortsetzung der Abgabe von gratis U-Abo's an die Bättwiler Schüler verlangt, eingereicht und in der Folge als erheblich erklärt (siehe mehr dazu im Protokoll der letzten GV).

Der Gemeinderat hat sich dementsprechend mit der Forderung der Motion befasst und erneut über die Abgabe von U-Abo's diskutiert. Gleichzeitig hat der Gemeinderat nochmals versucht, eine Ausnahmeregelung wie in Witterswil beim Regierungsrat zu beantragen. Diese wurde jedoch klar abgelehnt.

Der Gemeinderat ist nach wie vor der Meinung, dass die gratis Abgabe von U-Abo's an die Bättwiler Schüler eine Luxus-Lösung darstellt, welche angesichts der Finanzlage der Gemeinde nicht zu verantworten ist. Die Mehrausgaben von über Fr. 20'000.-- pro Jahr stehen nicht in einem positiven Verhältnis zum eigentlichen Nutzen. Die Erziehung der Schüler und Jugendlichen bezüglich der Benutzung vom ÖV ist nicht Aufgabe der Gemeinde. Zudem wird das U-Abo durch die Bättwiler Schülerinnen und Schüler weitestgehend für die Freizeit, also privat, benutzt oder nur wenig für die Schulaktivitäten. Die volle Kostenübernahme würde erst ab dem 1.1.2012 gelten, da diese Ausgaben im Budget 2011 nicht vorgesehen sind.

Als Gegenvorschlag zur Motion K. Thüring schlägt der Gemeinderat vor, dass lediglich ein Teil der U-Abo-Kosten, einkommensabhängig, durch die Gemeinde übernommen wird. Das Modell und die Höhe der vorgeschlagenen Subventionierung konnte auf der Homepage der Gemeinde heruntergeladen oder bei der Verwaltung bezogen werden. Bei dieser Variante würden die U-Abo-Kosten rückwirkend ab dem 1.8.2011 übernommen.

Die Gesamtkosten dieser Lösung für die Gemeinde dürften etwa gleich hoch sein wie die Transportkosten, die im Rahmen der Schulaktivitäten in Bättwil ohnehin entstehen, wenn die Bättwiler Schülerinnen und Schüler keine U-Abo's haben. Das vorgeschlagene Subventionierungsmodell führt, berechnet auf Basis der aktuellen Schülerinnen und Schüler, zu Kosten für die Gemeinde von ca. Fr. 6'000.-- pro Jahr, sofern jede Schülerin/jeder Schüler das U-Abo kaufen und die vorgesehene Rückerstattung einfordern würde.

Zur aktuellen Finanzlage der Gemeinde ist im Vorfeld dieser Entscheidung wichtig festzuhalten, dass das Budget 2012 höchstwahrscheinlich ein sehr hohes Defizit von ca. Fr. 500'000.- aufweisen wird. Die Ursachen dafür sind ausserhalb vom Einflussbereich der Gemeinde zu suchen. Folgende Mehrkosten gegenüber dem Budget 2011 (siehe einen knappen Einnahmenüberschuss vor) sind dafür verantwortlich:

- Neue Pflegefinanzierung (Heime):	Fr. + 200'000.--
- Höhere Sozialkosten:	Fr. +80'000.--
- Höhere Bildungskosten (Frühfranzösisch, Integration, Schulsozialarbeit)	Fr. +60'000.--
- Tiefere Subvention der Lehrerbesoldung:	Fr. +150'000.--

Im Vergleich zur vollen Kostenübernahme, wie sie die Motion von Kurt Thüring fordert, ist beim Gegenvorschlag des Gemeinderates kaum mit einer Mehrbelastung für die Gemeinden zu rechnen. Ebenfalls würde das U-Abo ab 1.8.2011, also rückwirkend, subventioniert und einkommensschwächere Familien unterstützt werden.

François Sandoz fragt die Versammlung, ob das Wort zum Eintreten auf das Geschäft verlangt wird.

Da dies nicht der Fall ist, wird die Eintretensfrage gestellt.

Der Gemeinderat schlägt vor, dass auf das Geschäft eingetreten wird.

Mit grossem Mehr, 9 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen wird auf dieses Geschäft eingetreten.

François Sandoz gibt nun das Wort an Reto Haag, welcher seine Zusatzvariante einreicht und wie angekündigt vorstellt. Diese ist wie folgt formuliert:

„Die Gemeinde Bättwil übernimmt die Kosten für das U-Abo (TNW) zwischen den Wintermonaten Oktober bis März (6 Monate) für Schüler an der OZL während der obligatorischen Schulzeit (4. Quartal und 1. Quartal)“.

Laut Reto Haag würde diese Lösung der von Witterswil entsprechen. Mit nur der Hälfte der Kosten für die Gemeinde könnte somit die Zeit wo es dunkel ist und gefährlich mit dem Velo in die Schule zu fahren abgedeckt werden.

Christoph Kaupp möchte wissen, ob die Schülertransportkosten Fr. 6'000.-- pro Jahr ausmachen? François Sandoz bejaht, diese Kosten sollen die Fahrten der Bättwiler Schüler im Rahmen der Schulaktivitäten abdecken. Es handelt sich jedoch um eine Schätzung, da bisher noch nicht so abgerechnet wurde.

Simona Cerletti, Vorstandsmitglied des OZL, meldet sich zu Wort. Sie weist darauf hin, dass nicht nur die Lehrkräfte, sondern auch die Verwaltung einen zusätzlichen administrativen Aufwand hätte, wenn die Transportkosten der Bättwiler Schüler separat verrechnet werden müssen. Sie möchte wissen, wie die Haltung von Witterswil zu den beiden Quartalen ist, die ihnen vom Kanton nicht subventioniert werden und wie es bei den Schülern von Flüh gehandhabt wird? François Sandoz sagt, dass die Gemeinde Witterswil die Kosten für diese beiden Quartale selber übernimmt. Die Gemeinde Flüh erhält ebenfalls keine Subventionen, Hofstetten wird aber sämtliche Kosten übernehmen. Von daher gesehen wären wir die einzige Gemeinde, die sich nicht an diesen Kosten beteiligen würde. Für alle anderen Gemeinden sind die Kosten aber dank der Subventionen tiefer als mit der bisherigen Lösung, nur in Bättwil eben nicht.

Stephan Hilber ist erstaunt, dass wir hier solche Diskussionen führen. Er ist früher immer zu Fuss in die Schule gegangen und wenn es einmal eine Schulreise gab, hat ihm die Mutter Geld mitgegeben. Bei den Kosten, die im 2012 auf die Gemeinde zukommen, diskutieren wir hier auf sehr hohem Niveau. Auch denkt er, dass die Kinder, die bereits am Morgen vor dem Coop irgendwelche Energy-Drinks zu sich nehmen, durchaus ein paar Meter laufen könnten.

Kurt Thüring gibt Herrn Hilber Recht. Er ist aber der Meinung, dass wir hier in Bättwil sehr gut erschlossen sind und den öffentlichen Verkehr fördern sollten. Auch muss der soziale Aspekt, dass die Kinder dieses Abo für die Freizeit brauchen um den sozialen Kontakt zu fördern, berücksichtigt werden.

Stephan Hilber ist in Basel aufgewachsen und hatte einen Schulweg von 2.5 km. Im Sommer ist er mit dem Fahrrad zur Schule gefahren, im Winter zu Fuss, von daher wäre dies auch jetzt noch möglich. Er weist nochmals darauf hin, dass enorme Kosten im 2012 auf die Gemeinde zukommen und wir diese zusätzlichen U-Abo Kosten nicht subventionieren können. Die Eltern, die ein U-Abo für ihre Kinder wollen, sollen selber eines kaufen.

Alfred Gschwind sagt, dass bestimmt alle Einwohnerinnen und Einwohner, die für die Motion von Kurt Thüring stimmen, sicher auch einer Steuererhöhung zustimmen würden.

Reto Haag sagt, dass früher sogar einmal die Primarschüler ein Abo bekommen haben. Weiter berichtet er, dass er ein Gespräch mit Herrn Hürzeler vom OZL geführt hat, an dem er ihn gefragt hat, wie viele Ausflüge pro Jahr stattfinden. Laut Herr Hürzeler sind dies lediglich

sechs. Reto Haag ist selber der Meinung, dass die Kosten vollumfänglich von der Gemeinde übernommen werden sollten, denn immer öfters erteilen Lehrer Aufträge für Teamarbeiten oder Projekte, so dass die Kinder 2 bis 3 mal pro Woche zwischen den verschiedenen Dörfern pendeln müssen. Sein Sohn geht zwar mit dem Velo zur Schule, er mutet ihm aber nicht zu, dass er mit dem Velo nach Rodersdorf oder Mariastein fährt, um mit seinen Schulkameraden ein Projekt ausarbeiten zu können. Da ausserdem eine Schulpflicht besteht, ist für ihn klar, dass die Kosten übernommen werden müssen und es sich hierbei um keine Luxusvariante handelt.

René Walser möchte noch kurz auf den erwähnten sozialen Aspekt von Kurt Thüring eingehen: Er sieht es nicht als soziale Bindung, wenn er am Morgen die Jugendlichen beim Bahnhofli trifft, wo jeder am telefonieren oder rauchen ist.

Simona Cerletti ist es wichtig, dass der finanzielle Aspekt berücksichtigt wird. Sie weiss, dass der Kanton immer mehr der Kosten an die Gemeinden überwältzt. Sie ist aber nicht damit einverstanden, dass sich der Gemeinderat darauf bezieht, dass die Jugendlichen das U-Abos hauptsächlich für die Freizeit benötigen, das Ziel ist viel mehr die Förderung. Daher ist es ihr wichtig, dass wir eine Lösung finden und spricht sich für den Vorschlag des Gemeinderates aus. Sie ist jedoch über die vorgeschlagene Abstufung erstaunt und fragt, ob die aufgeführten Fr. 40'000.-- nicht das Existenzminimum bedeuten? Daher schlägt sie vor, dass diese Abstufung geändert wird. Auch ist sie mit dem Vorschlag von Reto Haag, die Kosten nur während den Wintermonaten zu subventionieren, nicht einverstanden, da in jedem Quartal Projekte stattfinden.

François Sandoz geht kurz auf die Abstufung ein: Diese wurde so definiert, dass Kosten von ca. Fr. 5'000.-- für die Gemeinde entstehen. Dies wurde anhand der aktuellen Schülerliste und der Einkommen der Eltern gerechnet. Dann möchte er auch noch kurz auf das Thema Zusammenarbeit eingehen: In allen Schulen werden Projekte oder Aufträge zur Teamarbeit an die Jugendlichen verteilt, aber keine andere Schule im ganzen Kanton wird so subventioniert wie hier. Dort wird lediglich der Weg zur Schule bezahlt. Von daher kann hier schon von einer Luxuslösung gesprochen werden, über die wir uns Gedanken machen müssen, da wir keine Subventionen mehr erhalten.

Reto Haag geht noch kurz auf seinen Antrag ein: Er ist klar für eine Entlastung des Budgets, ist aber trotzdem mit dem Gegenvorschlag des Gemeinderates nicht einverstanden. Er hatte Kontakt mit dem Bundesamt für Statistik, wo er in Erfahrung bringen konnte, dass das durchschnittliche Jahreseinkommen bei Fr. 102'000.-- liegt.

François Sandoz unterbricht Reto Haag und sagt, dass wir hier aber vom Referenzeinkommen, das sich aus dem satzbestimmenden Einkommen plus den Liegenschaftskosten zusammensetzt und nicht vom Brutto-Einkommen sprechen, was nicht vergleichbar ist. Mit diesem Referenzeinkommen werden alle Sozialabzüge berücksichtigt, jedoch verhindert, dass Personen, die beispielsweise ihr Haus umbauen, ihr Einkommen dadurch vermindern können und Subventionen erhalten.

Reto Haag antwortet, dass er die Definition des satzbestimmenden Einkommens nicht kennt.

Carlo Andreatta erklärt Reto Haag, was das satzbestimmende Einkommen genau ist.

Reto Haag vertritt aber trotzdem die Meinung, dass die Gemeinde die vollen Kosten übernehmen sollte, da eine Schulpflicht besteht.

François Sandoz ist der Meinung, dass wir die soziale Situation in der Schweiz nicht ändern können und wir nach wie vor über eine Luxuslösung für unsere Kinder sprechen. Er denkt, dass heute klar Prioritäten gesetzt werden müssen.

Simona Cerletti geht nochmals auf die Aussage von François Sandoz ein: Er hat gesagt, dass Kosten zwischen Fr. 5'000.-- und Fr. 8'000.-- anfallen können. Wenn schon ein Zeichen gesetzt werden will, muss auch transparent darüber berichtet werden, daher möchte sie eine genaue Summe definiert haben.

François Sandoz sagt, dass es sich hierbei um eine Schätzung handelt, da der Gemeinderat über keine verlässlichen Zahlen verfügt. Auch besteht eine gewisse Unsicherheit, da bei etwa 10 Personen zum jetzigen Zeitpunkt keine Zahlen zum Referenzeinkommen vorliegen.

Hans Roderer ist klar der Meinung, dass wir es uns in dieser finanziellen Lage nicht leisten können, die vollen Kosten zu übernehmen. Er befürwortet aber den Vorschlag des Gemeinderates. Er denkt auch, dass der soziale Kontakt der Kinder viel mehr auf dem Schulweg als im Trämli gefördert wird.

Christoph Kaupp möchte wissen, ob beispielsweise eine Reise nach Metzleren von uns übernommen werden würde, wenn sein Kind dort für eine Gruppenarbeit hin muss?

François Sandoz verneint, es würden lediglich die von der Schule organisierten Ausflüge übernommen.

Christoph Kaupp denkt, dass daher ja alle Kinder der umliegenden Gemeinden mit ihren Abo's nach Bättwil kommen können.

Thomas Kötter ist erstaunt, dass wir über ein solches Thema diskutieren. Er weist darauf hin, dass wir haarscharf an einer finanziellen „Katastrophe“ vorbeigeschlittert sind. Kaum sehen die Gemeindefinanzen ein wenig besser aus, kommen solche Ideen, wie man das Geld aus dem Fenster werfen kann. Auch war immer die Rede davon, dass der Verwaltungsaufwand gemindert werden sollte, aber so wird wieder ein Mehraufwand entstehen.

Thomas Ulrich sagt, dass er eine Tochter hat, die durchaus in die Schule laufen könnte, aus Gruppenzwang aber mit dem Trämli geht. Er schlägt vor, dass eine Mittellösung gefunden wird. Da nicht alle ein U-Abo wollen, könnte man es denen subventionieren, die sich ein solches besorgen, je nach dem auch nur über die Wintermonate.

Rico Gass denkt nicht, dass die finanzielle Zukunft der Gemeinde von diesen Kosten abhängt. Entweder bezahlt man die Kosten für das Abo selber oder man bringt die Kinder mit dem Auto. Die vollumfängliche Kostenübernahme sieht er ebenfalls als Luxusvariante, den Gegenvorschlag des Gemeinderates findet er aber gut.

Thomas Kötter fände es sinnvoll, wenn die Jugendlichen gefördert würden, den öffentlichen Verkehr zu nutzen. Wir reden aber nicht darüber, sondern wer für diese Kosten aufkommt.

Rico Gass bejaht, die Gemeindefinanzen gehen aber wegen diesem Betrag nicht den Bach hinunter.

Thomas Kötter sagt, dass wir aber nicht im Geld schwimmen und daher schauen müssen, wie wir unser Geld ausgeben.

Reto Haag weist nochmals auf seinen Antrag hin und erläutert, dass sein Vorschlag die Gemeinde günstiger kommen würde als der Gegenvorschlag des Gemeinderates.

François Sandoz weiss auch, dass wir hier über einen kleinen Betrag sprechen, wenn wir die Relation zu den 4 Millionen ansehen, die wir jährlich zur Verfügung haben. Er weist aber darauf hin, dass die Gemeinde davon lediglich 15 % beeinflussen kann, der Rest vom Kanton vorgeschrieben wird. Wenn man dies beachtet, sind diese Kosten doch nicht so gering. Er denkt, dass jeder Bättwiler/Bättwilerin die Kosten für ein U-Abo tragen kann, daher spricht er sich klar für den Gegenvorschlag aus.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, schreitet François Sandoz zur Abstimmung.

Reto Haag erwähnt noch, dass er ein Telefonat mit dem Amt für Gemeinden hatte, um in Erfahrung zu bringen, wie das Vorgehen der Abstimmung ist, wenn drei Anträge vorliegen. Der Präsident entscheidet nach dem Kapp-System, das heisst, dass immer zwei gegeneinander antreten und derjenige mit weniger Stimmen wegfällt.

François Sandoz hätte einzeln über die Varianten abstimmen lassen und anschliessend, sofern zwei Varianten angenommen worden wären, die Stichfrage gestellt. Da er nicht mit drei Varianten gerechnet hatte und somit keine diesbezüglichen Abklärungen tätigen konnte, ist er mit dem Vorschlag von Reto Haag einverstanden. Somit soll zuerst zwischen der Motion von K. Thüning und dem Gegenvorschlag des Gemeinderates abgestimmt werden. Anschliessend wird der „Gewinner“ dieser Abstimmung gegen den Vorschlag von Reto Haag antreten.

François Sandoz fragt die Versammlung, wer für die Motion von Kurt Thüning stimmt?

Es werden 28 Stimmen für die Motion von Kurt Thüning gezählt.

François Sandoz fragt die Versammlung, wer für den Gegenvorschlag des Gemeinderates stimmt?

Es werden 48 Stimmen für den Gegenvorschlag des Gemeinderates gezählt.

François Sandoz hält fest, dass somit nun zwischen dem Gegenvorschlag des Gemeinderates und dem Vorschlag von Reto Haag abgestimmt werden soll.

François Sandoz fragt die Versammlung, wer für den Vorschlag von Reto Haag stimmt?

Es werden 31 Stimmen für den Vorschlag von Reto Haag gezählt.

François Sandoz fragt die Versammlung, wer für den Gegenvorschlag des Gemeinderates stimmt?

Es werden 48 Stimmen für den Gegenvorschlag des Gemeinderates gezählt.

François Sandoz hält fest, dass somit der Gegenvorschlag des Gemeinderates angenommen wäre.

Pascal Dumas sagt, dass er für die Motion von Kurt Thüning und den Vorschlag von Reto Haag gestimmt hat, diese beiden aber nicht miteinander verglichen werden können. Er ist der Meinung, dass nochmals darüber abgestimmt werden sollte.

François Sandoz fragt die Versammlung erneut, wer für den Vorschlag von Reto Haag stimmt?

Es werden 33 Stimmen für den Antrag von Reto Haag gezählt.

François Sandoz fragt die Versammlung, wer für den Gegenvorschlag des Gemeinderates stimmt?

Es werden 50 Stimmen für den Gegenvorschlag des Gemeinderates gezählt.

François Sandoz hält fest, dass das Ergebnis somit bestätigt ist. Da jedoch immer nur die Ja-Stimmen für eine Variante gezählt wurden, könnte es sein, dass die Versammlung schliess-

26. Oktober 2011

lich gar keine der vorgelegten Varianten möchte. Dies konnte aber durch dieses Abstimmungsverfahren nicht eindeutig geklärt werden. Es soll nun deswegen abschliessend über die Annahme des Gegenvorschlages des Gemeinderates abgestimmt werden.

François Sandoz fragt die Versammlung, wer den Gegenvorschlag des Gemeinderates annehmen will?

Die Versammlung beschliesst mit 53 Ja-, 23 Neinstimmen und 1 Enthaltung, dass der Gegenvorschlag des Gemeinderates angenommen wird.

3. Neues Equidenreglement

François Sandoz gibt das Wort an Hans Peter Isenschmid, den Ressortverantwortlichen Gemeinderat.

Hans Peter Isenschmid sagt, dass das neue Equidenreglement ab dem 1.1.2012, nach Genehmigung durch den Regierungsrat, das bestehende Reittierreglement ablösen soll. Gründe für die Erneuerung und somit wesentliche Änderungen sind:

- Abrechnungspflicht des Stallbesitzers soll aufgehoben, die Besitzer sind allein für die Bezahlung der Steuer verantwortlich
- Neu sind alle Equiden, egal ob beschlagen oder nicht, steuerpflichtig
- Die Kennzeichnungspflicht wurde aufgehoben, da bisher nicht durchgesetzt und kontrolliert
- Die Gemeinde kann zur Prüfung der gemeldeten Equiden Kontrollbesuche bei den Stallbesitzern durchführen
- Die jährliche Abgabe pro Equide wurde unverändert bei Fr. 150.-- belassen

Die Gründe, weshalb das Reittierreglement überarbeitet wurde, sind folgende:

- Gerichtsurteil bezüglich Abrechnungspflicht
- Ungleichbehandlung zwischen beschlagenen und nicht-beschlagenen Equiden
- Anpassung an die tatsächliche Praxis (Kennzeichnung, Kontrolle)

François Sandoz fragt die Versammlung, ob das Wort zum Eintreten auf das Geschäft verlangt wird.

Da dies nicht der Fall ist, wird die Eintretensfrage gestellt.

Der Gemeinderat schlägt vor, dass auf das Geschäft eingetreten wird.

Es wird einstimmig auf das Geschäft eingetreten.

Lukas Bösch fragt, weshalb unbeschlagene Pferde, die bis zum dritten Lebensjahr nicht auf der Strasse sind, eine Steuer bezahlen müssen?

Hans Peter Isenschmid sagt, dass es neu so geregelt ist, dass sie bereits ab dem 6 Lebensmonat bezahlen müssen.

Lukas Bösch fragt, weshalb das Alter von 3 Jahre auf 6 Monate reduziert wurde?

Laut Hans Peter Isenschmid wurde dies geändert, da es in Bättwil praktisch keine Fohlen gibt und der Gemeinderat eine Anpassung als sinnvoll erachtet hat.

Hans Würqler weist darauf hin, dass Fohlen bis zum dritten Lebensjahr entweder auf dem Hof oder einer Weide sind und keinen Weg benutzen.

Hans Peter Isenschmid sagt, dass jeder ein Gesuch an den Gemeinderat stellen kann mit der Bitte um Befreiung der Steuerpflicht. Der Gemeinderat entscheidet dann, ob er eine Ausnahmegewilligung erteilt oder nicht.

Laut Alfred Gschwind ist es offensichtlich, dass das Reglement von jemandem abgeändert wurde, der keine Ahnung davon hat. Er geht auf die Ausnahmegewilligung, die vom Gemeinderat erteilt werden kann, ein und möchte wissen, wer von ihnen kontrolliert, ob ein Fohlen rausgeht oder nicht. Meistens gehören die Fohlen auch Personen, die nicht in Bättwil wohnhaft sind. Um diese ausfindig zu machen, ist mit einem Mehraufwand für die Verwaltung zu rechnen.

Er stellt den Antrag, dass der Gemeinderat das Reglement nochmals zurücknimmt und erneut überarbeitet.

Hans Peter Isenschmid erwähnt, dass sich zwischen den beiden Reglement nicht viel geändert hat. Neu ist eigentlich nur, dass nun für alle Tiere eine Steuer bezahlt werden muss und nicht mehr zwischen beschlagen und unbeschlagen unterschieden wird.

Alfred Gschwind sagt, dass wir hier Personen im Dorf haben, die gegen Pferde sind, seiner Meinung nach der Technische Dienst wie auch Hans Peter Isenschmid. Es muss aber beachtet werden, dass wir rund 220 Pferde in Bättwil haben, die je Fr. 150.-- an Steuern bezahlen. Somit kommt eine stattliche Summe zusammen.

François Sandoz sagt, dass es dem Gemeinderat nicht darum geht, gegen eine gewisse Gruppe, wie hier die Reiter, vorzugehen. Daher wurden auch lediglich kleine Änderungen im Reglement vorgenommen, die oben alle aufgelistet wurden.

Jürg Buser hat selber Pferde und bezahlt auch jährlich dessen Steuer. Alfred Gschwind hat erwähnt, dass ein Pferd rund Fr. 800.-- pro Monat kostet, da sind die Fr. 150.-- für die jährliche Steuer durchaus vertretbar. Da es primär um die Verunreinigung der Strassen geht, die regelmässig vom Technischen Dienst gesäubert werden, findet er diese Anpassungen durchaus sinnvoll. Er sagt aber auch, dass Pferde erst mit 3 Jahren eingeritten werden, daher könnte man beim Alter eventuell eine Anpassung vornehmen. Ansonsten findet er das neue Reglement absolut vertretbar.

Yvonne Würgler findet den Punkt 1.2.3 nicht sinnvoll formuliert. Es soll klar definiert werden, was als Ausnahmeregelung angesehen wird und was nicht. So tönt es danach, als ob der Gemeinderat nach Gutdünken entscheiden kann.

François Sandoz erklärt, dass der Pferdebesitzer bei uns einen Antrag einreichen muss, der dann behandelt wird. Er weist aber auch darauf hin, dass sämtliche Beschlüsse des Gemeinderates an eine nächst höhere Instanz weitergezogen werden können. Ausserdem wurde das Reglement bereits vom Kanton vorgeprüft, dennoch kann über das Alter von 6 Monaten oder 3 Jahren diskutiert werden.

Hans Peter Isenschmid glaubt, dass zwar drei Jahre Fohlenweide gut und recht ist, es aber durchaus auch solche gibt, die schon früher eingespannt werden.

Yvonne Würgler sagt, dass es aber durchaus auch Pferde gibt, die auch noch mit 4 Jahren im Stall stehen, daher gleicht sich das also aus.

Alfred Gschwind ist nicht gegen die Pferdsteuer und denkt, dass die Fr. 150.-- annehmbar sind. Er ist aber nicht damit einverstanden, dass die Fohlen vorgeführt werden.

Hans Peter Isenschmid sagt, dass wir ausser bei der Familie Würgler über keine Fohlenweide verfügen, daher betrifft es ihn ja nicht persönlich.

Thomas Kötter schlägt eine einfache Variante vor: Pferde, die am 1. März älter als 3 Jahre sind, müssen gemeldet werden. Somit könnte der § 1.2 gestrichen werden.

Hans Würgler geht noch auf den Punkt 1.3.4. ein und wünscht, dass diejenigen Reiter, die eine Kennzeichnungspflicht wünschen, auch eine Nummer erhalten sollten. Dies aufgrund dessen, dass im Kanton Basel-Land eine Kennzeichnungspflicht besteht.

François Sandoz erläutert, dass wir keinen Nutzen in der Kennzeichnungspflicht gesehen haben und diese auch nicht konsequent eingehalten wurde, daher soll künftig darauf verzichtet werden.

Hans Würgler denkt aber, dass sie weiterhin freiwillig bestehen könnte? François Sandoz sagt, dass im Reglement geschrieben steht, dass keine Pflicht besteht, die, die aber eine Nummer haben möchten, eine solche beziehen können.

Alfred Gschwind geht nochmals auf seinen Antrag ein: Er wird diesen zurückziehen, wenn der Absatz 1.4.3. abgeändert wird.

François Sandoz stellt den Antrag, dass Punkt 1.4.3. von „mit Erreichen des 6. Lebensmonats“ in „nach Vollendung des 3. Lebensjahres“ geändert wird.

Die Gemeindeversammlung stimmt diesem Antrag mit 36 Ja-, 4 Neinstimmen und 26 Enthaltungen zu.

Alfred Gschwind zieht seinen Antrag, dass der Gemeinderat das Reglement zurückzieht und nochmals überarbeitet, zurück.

Yvonne Würgler stellt den Antrag, dass der Punkt 1.2.3. klarer formuliert wird, so dass keine willkürliche Entscheidung des Gemeinderates gefällt werden kann. Der § soll folgendermassen geändert werden: „Equideneigentümer von der Steuerpflicht entbinden kann nur der Gemeinderat. Er muss eine Ausnahmegewilligung bei Equiden erteilen, die ausschliesslich auf Privatgrund gehalten werden. Der Stallbesitzer ist verpflichtet, die entsprechenden Beweise vorzulegen“.

Mit 37 Ja-, 3 Neinstimmen und 22 Enthaltungen wird dem Antrag von Yvonne Würgler zugestimmt.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, schliesst François Sandoz die Beratung und schreitet zur Abstimmung.

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, dem neuen Equidenreglement mit den oben aufgeführten Änderungen zuzustimmen.

Die Gemeindeversammlung genehmigt das neue Equidenreglement einstimmig.

4. Anpassung Reglement über Grundeigentümerbeiträge und –gebühren

François Sandoz gibt das Wort an Hans Jörg Känel, den Ressortverantwortlichen Gemeinderat.

Hans Jörg Känel sagt, dass aufgrund eines Bundesgerichtsurteils die Gemeinde Nuglar-St. Pantaleon Ende 2010 ihr Reglement über Grundeigentümerbeiträge und –gebühren anpassen musste. Ursache dafür waren Einsprachen von Bauherren gegen die Berechnung der Anschlussgebühren nach einem Umbau. Das Bundesgerichtsurteil hat bemängelt, dass im Reglement der Gemeinde Nuglar-St. Pantaleon nebst der Berechnung nach zonengewichteten Flächen bei Neubauten eine andere Berechnungsgrundlage bei Um- oder Anbauten angewendet wird. Diese Vermischung von zwei Systemen für die Berechnung der Anschlussgebühren sei nicht rechtskonform und müsste geändert werden.

Da Bättwil wie auch Nuglar-St. Pantaleon und viele andere solothurnischen Gemeinden das gleiche Muster-Reglement des Kantons angewendet hat, ist nun Bättwil ebenfalls gezwungen, das Reglement in diesem Bereich abzuändern. Bei einer ähnlichen Einsprache würd die Bauherrschaft jedenfalls Recht bekommen und die Gemeinde müsste die Gebühren anpassen.

Um die Rechtssicherheit nun wieder herzustellen, hat der Gemeinderat das Reglement in Absprache mit dem Rechtsdienst des Kantons in diesem Bereich abgeändert.

Neu werden die Anschlussgebühren auch bei Um- und Ausbauten nach den Grundsätzen der zonengewichteten Fläche berechnet. Dabei wird zur Beurteilung des Um- oder Ausbaus die Veränderung der Ausnützungs- resp. Überbauungsziffer verwendet.

Nebst dieser Anpassung an das Bundesgerichtsurteil hat der Gemeinderat die Gelegenheit genutzt, um die Höhe der bisherigen Anschlussgebühren zu überprüfen und anzupassen. Dabei wurde festgestellt, dass die Anschlussgebühren in Bättwil deutlich höher ausfallen als in den anderen solothurnischen Gemeinden des hinteren Leimentals. Grund dafür ist, dass im bisherigen Reglement die Gewichtungsfaktoren für die Berechnung der zonengewichteten Fläche ziemlich hoch angesetzt und zudem fast nicht nach Bauzonen differenziert sind.

Der Gemeinderat schlägt dementsprechend eine Anpassung dieser Gewichtungsfaktoren, welche eine deutliche Reduktion der Anschlussgebühren bedeutet, vor. Die neuen Gebühren werden zwar nach der Anpassung der Faktoren noch etwas höher anfallen als der Durchschnitt der umliegenden Gemeinden, sind aber absolut konkurrenzfähig und ausreichend, um die Finanzierung des Wasser- und Abwassernetzes in Zukunft sicherzustellen.

Zusätzlich zu diesen Anpassungen musste nach der Vorprüfung durch den Kanton der Absatz 11 der Gebührenordnung aufgehoben werden, da keine gesetzliche Grundlage für die Erhebung einer Gebühr für die Kanalisationsbewilligung besteht.

François Sandoz fragt die Versammlung, ob das Wort zum Eintreten auf das Geschäft verlangt wird.

Da dies nicht der Fall ist, wird die Eintretensfrage gestellt.

Der Gemeinderat schlägt vor, dass auf das Geschäft eingetreten wird.

Es wird einstimmig auf das Geschäft eingetreten.

Martin Doppler erwähnt, dass vor dem Jahr 2004 Gebühren auf den Gebäudewert bezahlt wurden und dies, laut Gemeinderat, für alle gleich gewesen wäre. Er weiss aber, dass im Gewerbe zwischen 100 und 400 % mehr bezahlt wurde. Jetzt sieht das Reglement viel besser aus, aber im Vergleich zu den umliegenden Gemeinden sind wir hier in Bättwil mehr als doppelt so hoch.

Er stellt den Antrag, das Reglement über Grundeigentümerbeiträge und –gebühren anzupassen, so dass es das Gewerbe auch vertreten kann.

Hans Jörg Känel möchte eine Differenzierung und fragt Martin Doppler, ob es ihm nur um die Gewerbezone geht? Martin Doppler bejaht.

François Sandoz weist darauf hin, dass wir bereits eine Reduktion von ca. 20 % vorgenommen haben. Um über den Antrag für eine weitere Reduktion abstimmen zu können, braucht er von Martin Doppler einen konkreten Vorschlag für den Faktor in der Gewerbezone.

Martin Doppler stellt den Antrag, dass der ZGF-Faktor in der Gewerbezone auf 0.5 oder 0.6, wie in der Wohnzone, reduziert wird, so dass wir einen ähnlichen Wert wie in den umliegenden Gemeinden haben.

Hans Jörg Känel weist darauf hin, dass wir noch eine Wohnzone 3 haben, für die der Faktor 0.6 gilt. Er ist der Meinung, dass die Gewerbezone allenfalls gleich, aber sicher nicht tiefer eingestuft werden sollte.

François Sandoz betont, dass der Gemeinderat die Faktoren so festgelegt hat, dass sie nachvollziehbar und zwischen den Zonen ausgewogen sind. Werden nun willkürlich die Faktoren geändert, wobei jeder eine Reduzierung beantragen könnte, dann wir die Nachvollziehbarkeit und Rechtmässigkeit fraglich.

Martin Doppler hat die Faktoren einzelner anderer Gemeinden vorliegen. Darauf ist ersichtlich, dass diese tiefer sind als diejenigen hier.

François Sandoz kennt die Faktoren sowie die Reglemente und Aspekte der anderen Gemeinden nicht. Er möchte nun aber wissen, ob Martin Doppler den Antrag auf ZGF-Faktor 0.5 oder 0.6 stellt?

Pascal Dumas versteht nicht, weshalb die Wohnzone 3 den gleichen Faktor wie die Gewerbezone aufweist.

Hans Jörg Känel weist darauf hin, dass wir in der Gewerbezone eine Ausnützungsziffer haben, die es so in der Wohnzone nicht gibt. Daher kann die Gewerbezone besser genutzt werden.

Laut François Sandoz führt die Abweichung dazu, dass in der Gewerbezone eine andere Belastung der Kanalisation besteht als in der Wohnzone. Er muss auch sagen, dass es dort zu grösseren Bauten kommen könnte.

Lukas Bösch geht noch kurz auf die Gebäudehöhe ein: Hier in Bättwil darf ein Gebäude höchstens 9 m hoch sein, in Hofstetten hingegen 12 m, daher ist es bei uns gleich wie in der Zone W3.

Hans Jörg Känel weist darauf hin, dass Hofstetten in der Kernzone einen ZGF-Faktor von 0.6 hat, dort der Wasseranschluss Fr. 80.-- kostet, bei uns hingegen nur Fr. 45.--. Er denkt, dass solche Tatsachen auch berücksichtigt werden müssen.

Lukas Bösch sagt, dass Personen, die in den letzten 4 – 5 Jahren ein Einfamilienhaus gebaut haben, rund das Doppelte von heute an Gebühren bezahlt haben.

François Sandoz meint, dass die bisherigen Faktoren nicht wirklich nachvollziehbar und begründet waren. Mit der Anpassung des Reglements soll nun diese Situation korrigiert werden. Dies führte aber dazu, dass die Faktoren differenziert wurden und somit einige mehr reduziert werden als andere. Der Gemeinderat war sich dieser Situation bewusst und hat daher die Faktoren neu definiert.

François Sandoz geht auf den Antrag von Martin Doppler ein und fragt die Gemeindeversammlung, ob der ZGF-Faktor in der Gewerbezone von den vom Gemeinderat vorgeschlagenen 0.9 auf 0.6 reduziert werden soll?

Die Gemeindeversammlung stimmt mit 19 Ja-, 17 Neinstimmen und 20 Enthaltungen knapp für die Anpassung des ZGF-Faktors von 0.9 auf 0.6.

Christoph Kaupp kommt die ganze Situation ein wenig wie bei E-Bay vor, jeder kann einen Vorschlag einbringen, was seiner Meinung so nicht geht.

Simona Cerletti fände es sinnvoll, wenn die Abstimmung über den Antrag von Martin Doppler zurückgewiesen werden würde, dann hat der Gemeinderat nochmals Gelegenheit, das Reglement zu überarbeiten.

Benjamin Würgler glaubt, dass wenn ein Antrag angenommen wurde und dieser zurückgezogen werden sollte, es ein Referendum braucht.

François Sandoz sagt, dass ein Rückkommensantrag noch gestellt werden kann.

Stephan Hilber ist der Meinung, dass der Gemeinderat seine Arbeit nach seinem besten Wissen und Gewissen erledigt, daher können wir die Werte der umliegenden Gemeinden nicht mit uns vergleichen. Er fragt, ob das Reglement dem Kanton zur Vorprüfung eingereicht wurde?

Hans Jörg Känel sagt, dass das Reglement in Zusammenarbeit mit dem Baudepartement ausgearbeitet wurde.

Stephan Hilber denkt, dass wenn der Kanton grünes Licht gegeben hat, wir über die Genehmigung des Reglements abstimmen sollten.

Yvonne Kilcher fände es sinnvoll, wenn diese doch sehr knappe Abstimmung wiederholt werden würde.

René Walser fragt, ob so eine Abstimmung überhaupt rechtens ist, da nur noch etwa die Hälfte der zu Anfang anwesenden Stimmbürger/innen anwesend ist?

Laut François Sandoz spielt dies keine Rolle, für eine gültige Abstimmung brauchen wir lediglich eine einfache Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten.

Pascal Dumas schlägt vor, dass wir darüber abstimmen, wer für die abgeänderte Form und wer für das vom Gemeinderat vorgelegte Reglement ist.

Lukas Bösch kommt es vor wie am Jahrmarkt, jeder bringt ein Beispiel, wie das weitere Vorgehen aussehen könnte.

Yvonne Würgler findet es sehr unüblich, dass an einer Gemeindeversammlung zweimal über das gleiche abgestimmt wird. Da Martin Doppler ihrer Ansicht nach der einzige ist, der sich auf dieses Thema vorbereitet hat, sollte sein Antrag gelten.

Martin Doppler erwähnt, dass Hans Jörg Känel auch sehr gut vorbereitet ist, der Unterschied einfach darin besteht, dass von unterschiedlichen Interessen ausgegangen wird.

François Sandoz geht es um die Frage, ob das Vorgehen vom Gemeinderat schlüssig ist, denn wenn Anträge gestellt werden, müssen wir darüber entscheiden.

Pascal Dumas findet das vorgelegte Reglement gut. Daher wäre es wünschenswert, wenn wir nur über diesen einen Punkt abstimmen und nicht über das ganze Reglement.

François Sandoz beschliesst aufgrund dieser Diskussion und der Tatsache, dass das Ergebnis der Abstimmung über den Antrag von Martin Doppler umstritten ist und die Abstimmung

zudem etwas unruhig verlief, dass nochmals über den Antrag von Martin Doppler abgestimmt werden soll. Er fordert gleichzeitig diejenigen auf, die sich der Stimme enthalten haben, diesmal ihre Meinung zu äussern, da es sich um eine wichtige Frage handelt.

François Sandoz fragt, ob die Versammlung den Antrag von Martin Doppler zur Reduktion des ZGF-Faktors in der Gewerbezone von 0.9 auf 0.6 annehmen will?

Mit 24 Ja-, 23 Neinstimmen und 9 Enthaltungen wird dem Antrag erneut zugestimmt.

François Sandoz stellt fest, dass die beantragte Änderung somit definitiv angenommen ist.

François Sandoz fragt nun die Gemeindeversammlung, ob sie das angepasste Reglement inklusiv des geänderten Faktors der Gewerbezone annehmen will?

Mit 50 Ja-, 3 Neinstimmen und 5 Enthaltungen stimmt die Gemeindeversammlung dem angepassten Reglement zu.

Anpassung Baureglement

François Sandoz sagt, dass das Baureglement lediglich an der aktuellen Situation bezüglich des Baubewilligungswesens angepasst wird. An verschiedenen Stellen war in der bisherigen Fassung noch von der Baukommission die Rede, obwohl Bättwil schon länger keine Baukommission mehr hat. Inhaltlich wurde im Reglement jedoch nichts geändert. Die Änderungen sollen, sobald durch den Regierungsrat genehmigt, in Kraft treten.

François Sandoz fragt die Versammlung, ob das Wort zum Eintreten auf das Geschäft verlangt wird.

Da dies nicht der Fall ist, wird die Eintretensfrage gestellt.

Der Gemeinderat schlägt vor, dass auf das Geschäft eingetreten wird.

Es wird einstimmig auf das Geschäft eingetreten.

Margrit Randin hat sich beim Kanton informiert und sagt, dass die Baubehörde lediglich der Überbegriff ist, es aber entweder eine Baukommission oder aber eine hauptamtliche Verwaltung geben muss. Sie möchte wissen, was es in unserem Fall denn genau ist?

François Sandoz erläutert, dass wir genau aus diesem Grund den Begriff Baubehörde im Baureglement gewählt haben, da dies unabhängig der genauen Organisation des Baubewilligungswesens der Gemeinde ist. Wir haben keine Baukommission mehr und haben eine externe Bauverwaltung eingesetzt. Die Definition der Baubehörde ist in der Gemeindeordnung zu finden. Allerdings hat bekanntlich der Kanton unsere aktuelle Lösung mit dem Gemeinderat als Baubehörde abgelehnt und es wird zurzeit eine neue Lösung mit dem Kanton gesucht.

Margrit Randin möchte wissen, aus wem die Baubehörde dann besteht?

François Sandoz sagt, dass dies der zuständige Gemeinderat Hans Peter Isenschmid und das Sutter Ingenieur- und Planungsbüro AG sein soll.

Margrit Randin versteht nicht, wieso diese Änderung dann vorgenommen wird?

François Sandoz erklärt, dass weil es keine Baukommission mehr gibt, diese Bezeichnung jedenfalls aus dem Reglement entfernt werden muss. Damit soll lediglich das Reglement richtig gestellt werden.

François Sandoz schliesst die Beratung und schreitet zur Abstimmung.

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, der formellen Anpassung des Baureglements zuzustimmen.

Mit grossem Mehr und 1 Enthaltung stimmt die Gemeindeversammlung klar für die formelle Anpassung des Baureglements.

Alain Randin fragt, wie wir im Reglement Baubehörde einfügen können, wenn wir nicht genau wissen, wer das ist?

François Sandoz antwortet, diese Anpassungen unabhängig dieser Fragen sind.

6. Neue Jugend-, Sport- und Kulturkommission

François Sandoz erläutert das Geschäft. Wie bereits anlässlich der Gemeindeversammlung vom 16.06.2010 angekündigt, ist der Gemeinderat der Meinung, dass die Jugendarbeit in der Gemeinde durch eine entsprechende Kommission begleitet werden sollte. Dieser Vorschlag wurde damals bei einer konsultativen Abstimmung durch die Gemeindeversammlung mehrheitlich befürwortet. Aufgabe der Kommission wäre die Begleitung der Jugendarbeit der JASOL sowie die Förderung von Kultur- und Sportanlässen in der Gemeinde und der Region. Die Aufgaben und Kompetenzen der neuen Kommission sind in einem Pflichtenheft umschrieben. Die entsprechende Anpassung der Gemeindeordnung wird anlässlich der Budget-GV im Dezember behandelt. Für die neue Kommission wird mit jährlichen Kosten von ca. Fr. 1'000.-- - Fr. 2'000.-- gerechnet.

François Sandoz fragt die Versammlung, ob das Wort zum Eintreten auf das Geschäft verlangt wird.

Da dies nicht der Fall ist, wird die Eintretensfrage gestellt.

Der Gemeinderat schlägt vor, dass auf das Geschäft eingetreten wird.

Es wird einstimmig auf das Geschäft eingetreten.

Da es zu keinen Fragen oder Anmerkungen kommt, schreitet François Sandoz sogleich zur Abstimmung.

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, der Bildung einer Jugend-, Sport- und Kulturkommission zuzustimmen.

Die Gemeindeversammlung stimmt mit 37 Ja-, 1 Gegenstimme und 4 Enthaltungen klar für die Bildung einer Jugend-, Sport- und Kulturkommission.

5. Erheblichkeitserklärung Motion Y. Kilcher

Ende 2010 hat Frau Yvonne Kilcher den Antrag gestellt, dass der Gemeinderat die Honorare, Entschädigungen und Sitzungsgelder für nebenamtliche Funktionen gemäss Anhang II der Dienst- und Gehaltsordnung der Gemeinde aufgrund der seit der letzten Anpassung aufgelaufenen Teuerung erhöht sowie eine reale Erhöhung prüft und diese Anpassung bei der Budget-GV im Dezember 2011 vorlegt. Grund für den Antrag ist, dass Honorare, Entschädigungen und Sitzungsgelder seit mehreren Jahren nicht mehr erhöht worden sind, obwohl im gleichen Zeitraum die Gehälter der Gemeindeangestellten deutlich gestiegen sind. Auch berechtigen die immer steigenden Anforderungen an die Arbeit der Behörden und Kommissionen eine entsprechende Erhöhung.

Der Gemeinderat hat den Antrag von Y. Kilcher als ordentliche Motion entgegen genommen. Diese muss nun gemäss Gemeindegesetz der Gemeindeversammlung vorgelegt werden, um über deren Erheblichkeit zu beschliessen. Wird die Motion als erheblich erklärt, muss der Gemeinderat bis zur Budget-GV eine entsprechende Vorlage für die Umsetzung des Antrages zu Händen der Gemeindeversammlung vorbereiten.

Die Erheblichkeitsfrage hätte schon bei der letzten Gemeindeversammlung im Juni gestellt werden sollen, aufgrund der Ferienabwesenheit von Frau Kilcher wurde jedoch vereinbart, dass diese später traktandiert wird. Aufgrund der schlechten Budgetaussichten für 2012 ist der Gemeinderat der Meinung, dass eine Anpassung der Honorare, Entschädigungen und Sitzungsgelder für nebenamtliche Funktionen nicht angebracht ist. Der Gemeinderat möchte deshalb dieses Anliegen erst zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufnehmen.

François Sandoz fragt die Versammlung, ob das Wort zum Eintreten auf das Geschäft verlangt wird.

Da dies nicht der Fall ist, wird die Eintretensfrage gestellt.

Der Gemeinderat schlägt vor, dass auf das Geschäft eingetreten wird.

Mit grossem Mehr und einer Gegenstimme wird auf das Geschäft eingetreten.

Yvonne Kilcher erläutert, dass sie sich intensiv mit diesem Thema befasst hat und es müsste nicht unbedingt mit einer Kostensteigerung für die Gemeinde gerechnet werden. Es würde darauf ankommen, was der Gemeinderat mit der Motion macht. Sie hat sich auch mit den verschiedenen Indexen sowie der Gemeindeordnung beschäftigt, wo sie diverse Ungereimtheiten feststellen musste.

Anhand einer Präsentation zeigt sie weiter der Versammlung auf, wie die aktuelle Situation bezüglich den Entschädigungen und Honoraren in der Gemeinde aussieht und wie hoch die seit der letzten Anpassung aufgelaufene Teuerung ist.

Sie findet auch ungerecht, dass die Gehälter der Gemeindeangestellten laufend an die Teuerung angepasst werden, während die Honorare und Entschädigungen unverändert belassen werden.

Sie begründet ihre Motion aber hauptsächlich damit, dass es sehr schwierig geworden ist, Mitglieder für nebenamtliche Funktionen wie Kommissionen zu finden und eine Erhöhung der Honorare, Entschädigungen und Sitzungsgelder dies vielleicht ändern würde. Zudem sollten diejenigen, die sich richtig für die Gemeinde einsetzen, besser dafür entschädigt werden.

François Sandoz zeigt die Folie mit den aktuellen Ansätzen der Gemeinden aus Dorneck und Thierstein und erläutert anhand dieser Folie, weshalb der Gemeinderat dieses Anliegen als nicht erheblich ansieht. Wenn die Ansätze mit den umliegenden Gemeinden verglichen werden, ist ersichtlich, dass wir zu den Gemeinden gehören, die die höchsten Entschädigungen und Honorare haben. Diese sind fast so hoch wie in Hofstetten-Flüh und deutlich höher als in Witterswil..

Auch fragt er sich, ob es tatsächlich so ist, dass sich Personen nur wegen der Entlohnung für Kommissionen oder anderweitige nebenamtliche Funktionen melden? Und können Verwal-

tungsangestellte und Kommissionsmitglieder miteinander verglichen werden, obwohl die Personen für eine Kommission sich freiwillig zur Verfügung stellen und nicht darauf angewiesen sind? Er denkt aber, dass zu gegebener Zeit durchaus nochmals über diese Motion diskutiert werden kann, sie zum jetzigen Zeitpunkt aber nicht sehr passend ist, wenn man das Budget 2012 berücksichtigt.

François Sandoz schliesst die Beratung und schreitet zur Abstimmung. Der Gemeindeversammlung wird beantragt, die Motion Y. Kilcher zur Anpassung der Honorare, Entschädigungen und Sitzungsgelder für nebenamtliche Funktionen als nicht erheblich zu erklären.

Die Gemeindeversammlung beschliesst mit 36 Ja, 3 Nein und 6 Enthaltungen, dass die Motion von Yvonne Kilcher als nicht erheblich erklärt wird. Dem Gemeinderat steht es somit frei, bis wann er die Motion behandeln wird und eine Anpassung der Honorare und Entschädigungen vorschlagen will.

6. Verschiedenes

Yvonne Kilcher geht kurz auf die Umfrage zum Baeramsle-Blatt ein, die in sämtliche Haushaltungen verteilt wurde. Sie findet die Formulierung ungünstig und ist der Meinung, bei Punkt 1 hätte es die Wiedereinführung der Druckversion heissen sollen. Weiter fragt sie, ob jeder Einwohner abstimmen kann oder nur eine Stimme pro Haushalt zählt? François Sandoz gibt ihr Recht, Punkt 1 hätte besser formuliert werden können. Er entschuldigt sich auch dafür, dass Yvonne Kilcher nicht dazu gefragt wurde.

Stephan Hilber findet es nicht schön, wie die Lämpchen am Weihnachtsbaum vor der Kirche angebracht wurden und wünscht, dass dieser in diesem Jahr mit mehr Mühe geschmückt wird. Ebenfalls bittet er den Gemeinderat, künftig Mineralwasser und Gläser zur Verfügung zu stellen, da die Gemeindeversammlungen doch immer sehr lange gehen. Der Gemeinderat nimmt diese Anliegen entgegen.

Alfred Gschwind fragt, ob die Bautätigkeit bei der Kirche abgeschlossen ist und weist darauf hin, dass noch immer kein Brunnen installiert wurde. Er möchte wissen, was diesbezüglich geplant ist?

Yvonne Kilcher, Aktuarin der Werkkommission, nimmt dazu Stellung: Zurzeit werden noch Zeichnungen von Grabmalkünstlern eingeholt, die aber zum Teil erst nach dem 1. November 2011 eingereicht werden. Anschliessend wird die WeKo diese begutachten und sich für eine entscheiden. Sie denkt aber, dass es mindestens Frühling wird, bis es realisiert werden kann.

Alfred Gschwind möchte wissen, ob das Feld der Gemeinschaftsanlage humuisiert bleibt?

Yvonne Kilcher kann dies zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantworten, da es auf das künftige Projekt ankommt. Es wurde Rasen angesät, damit die Fläche in der Zwischenzeit ordentlich aussieht. Der angesäte Rasen wird je nach dem dann wieder entfernt.

Alfred Gschwind dachte, dass es dort ein Kiesplatz gäbe, auf dem man auch anständig stehen könnte.

François Sandoz sagt, dass wir an einer der letzten Gemeindeversammlungen einen klaren Auftrag definiert haben, nach dem sich die WeKo richtet. Auch informiert er ihn darüber, dass die Kosten für einen Brunnen im Budget 2012 berücksichtigt wurden.

Yvonne Würzler möchte sich noch bei Nicole Künzi dafür bedanken, dass sie ihr eine Einladung für die Gemeindeversammlung geschickt hat. Dies ist das erste Mal seit etwa 10 Jahren, wo sie eine solche erhalten haben.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, schliesst François Sandoz um 23.30 Uhr die Gemeindeversammlung und bedankt sich bei den Anwesenden für das zahlreiche Erscheinen und wünscht allen eine gute Nacht.

Protokoll der

3. ordentlichen Gemeindeversammlung

vom 14. Dezember 2011

im Foyer des OZL

Anwesend

Mitglieder Gemeinderat

François Sandoz, Gemeindepräsident
Hans Jörg Känel
Hans Peter Isenschmid
Rolf Gschwind
Edmond Bernard

Protokoll

Nicole Künzi

Verwaltung

Paul Schönenberger, Finanzverwalter

Gäste

Christoph Sütterlin, Förster FBG

Presse

keine

Abwesend

-

Dauer

19.30 – 23.00 Uhr

Eröffnung

François Sandoz eröffnet die Versammlung und begrüsst die Anwesenden zur Budget Gemeindeversammlung 2011. Er stellt fest, dass die Einladung rechtzeitig im Anzeiger erfolgt ist, in alle Haushalte verteilt wurde sowie die entsprechenden Unterlagen aufgelegt worden sind.

François Sandoz begrüsst Herr Sütterlin als Gast, dieser wird das Traktandum bezüglich der Anschaffungen durch die FBG erläutern und die FBG vorstellen.

Er stellt die Mitglieder des Gemeinderates, Hans Jörg Känel, Hans Peter Isenschmid, Edmond Bernard und Rolf Gschwind und seine Wenigkeit sowie die Angestellte der Gemeindeverwaltung, Nicole Künzi (Gemeindeschreiberin) und Paul Schönenberger (Finanzverwalter) vor.

Wahl der Stimmenzähler

François Sandoz hält fest, dass ab heute, aufgrund der Tatsache, dass nicht stimmberechtigte Personen an der letzten Versammlung aktiv teilgenommen haben, eine striktere Kontrolle der Anwesenden anhand des Stimmregisters stattfindet und bittet um Verständnis.

François Sandoz kündigt die Wahl der Stimmenzähler an.

François Sandoz schlägt folgende Stimmenzähler vor:

Links: Jörg Schermesser

Rechts inkl. GR-Tisch: Lucien Monnerat

Da keine weiteren Vorschläge eingebracht werden, wird über die Wahl von Jörg Schermesser und Lucien Monnerat abgestimmt.

Er stellt fest, dass die Stimmenzähler gewählt sind.

Die Stimmenzähler zählen die Stimmberechtigten:

Es werden

Links: 18

Rechts: 7

Stimmberechtigte gezählt.

Es sind somit 25 Stimmberechtigte anwesend.

Genehmigung der Traktandenliste:

François Sandoz geht nun zur Genehmigung der Traktandenliste über. Er erwähnt, dass die Reihenfolge der Traktanden leicht angepasst wurde, damit das Traktandum betreffend der FBG gleich am Anfang der Versammlung behandelt werden kann.

Die leicht angepasste Traktandenliste wird aufgelegt.

1. Wahl der Stimmzähler
2. Genehmigung des Protokolls der Gemeindeversammlung vom 26.10.2011
3. Genehmigung von diversen Beschaffungen durch die Forstgemeinschaft am Blauen (FBG)
4. Orientierung Finanzplan
5. Subventionierung Kinderbetreuung
6. Genehmigung folgender Investitionskredite:
 - 6.1 Hangsicherung Bättwilerwald Chöpflweg Fr. 30'000.--
 - 6.2 Sanierung Reservoir St. Annarain (WHL) Fr. 65'000.--
 - 6.3 Diverse Sanierungen Gemeindestrassen Fr. 59'000.--
7. Festsetzen der Steuern und Gebühren
8. Genehmigung des Voranschlages für die laufende Rechnung und die Investitionsrechnung 2012
9. Aufhebung Natur- und Umweltkommission
10. Anpassung Gemeindeordnung
11. Genehmigung von diversen Beschaffungen durch die Forstgemeinschaft am Blauen (FBG)
12. Verschiedene

François Sandoz fragt in die Runde, ob noch eine Traktandenänderung gewünscht wird.

Da keine weiteren Änderungen gewünscht werden, schreitet François Sandoz zur Abstimmung.

Der Gemeinderat beantragt, der Traktandenliste zuzustimmen

Die Gemeindeversammlung stimmt der Traktandenliste einstimmig zu.

1. Genehmigung des Protokolls der Gemeindeversammlung vom 26. Oktober 2011:

Das Protokoll vom 26. Oktober 2011 konnte während der Schalterstunden bei der Gemeindeverwaltung eingesehen und zusätzlich auf dem Internet www.baettwil.ch abgerufen werden.

Da es zum Protokoll keine Änderungen oder Anmerkungen gibt, wird sogleich zur Abstimmung geschritten.

Das Protokoll vom 26. Oktober 2011 wird einstimmig genehmigt und an Nicole Künzi verdankt.

Genehmigung von diversen Beschaffungen durch die Forstgemeinschaft am Blauen (FBG)

François Sandoz gibt das Wort an Herrn Sütterlin, den Revierförster. Dieser erläutert das Forstrevier am Blauen, die Forstbetriebsgemeinschaft sowie die vielfältigen Arbeiten der Waldpflege, die unter anderem den Waldwegunterhalt, Bachpflege, Häckseldienst und vieles mehr beinhaltet. Bevor Herr Sütterlin auf die Anschaffungen (Forsttraktor, Revierauto und Blockhaus-Lehrlingsraum) eingeht, möchte er noch erwähnen, dass sie, um diese auslösen zu können, die Zustimmung der einzelnen Gemeinden benötigen. Alle anderen Gemeinden haben bereits zugestimmt, womit Bättwil nun die letzte Gemeinde ist, die über diese Anschaffungen abstimmt.

Laut Herrn Sütterlin ist der jetzige Forsttraktor noch in gutem Zustand, aber nicht mehr zeitgemäss. Um sämtliche Arbeiten ausführen zu können, benötigen sie einen Kran sowie einen Forstanhänger, über das das jetzige Modell leider nicht verfügt. Ebenfalls ist es an der Zeit, ein neues Revierauto anzuschaffen. Zum Blockhaus ist zu erwähnen, dass vorgesehen ist, dass die Arbeiten von ihnen selber übernommen werden. Die Zustimmung zu den geplanten Beschaffungen ist zum einen eine Formsache bedingt durch die Statuten der Forstgemeinschaft am Blauen und zum anderen unumstritten, da die Betriebsgemeinden über die dafür benötigten Mittel verfügt. Dafür wurden über mehrere Jahre Reserve gemacht. Die Investitionen von insgesamt Fr. 500'000.-- werden somit die Gemeinden nicht zusätzlich belasten.

François Sandoz fragt die Versammlung, ob das Wort zum Eintreten auf das Geschäft verlangt wird.

Da dies nicht der Fall ist, wird sogleich die Eintretensfrage gestellt.

Der Gemeinderat schlägt vor, dass auf das Geschäft eingetreten wird.

Es wird einstimmig auf dieses Geschäft eingetreten.

Da keine Fragen gestellt werden, schreitet François Sandoz sogleich zur Abstimmung.

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, den geplanten Beschaffungen (Forsttraktor, Revierauto, Blockhaus-Lehrlingsraum) der FBG zuzustimmen.

Die Gemeindeversammlung stimmt den geplanten Beschaffungen der FBG einstimmig zu.

François Sandoz bedankt sich bei Herrn Sütterlin für die sehr interessante Präsentation und verabschiedet ihn.

3. Orientierung Finanzplan

François Sandoz erläutert die allgemeine Finanzlage der Gemeinde. Aufgrund von diversen externen Faktoren, welche durch die Gemeinde wenig bis nicht beeinflussbar sind, hat sich die Finanzlage der Gemeinde gemäss Budget 2012 stark verschlechtert. Die Bildungs- und Sozialkosten steigen um ca. Fr. 430'000.--. Dank diversen Optimierungen und Einsparungen in anderen Bereichen wie beispielsweise der Gemeindeverwaltung resultiert nun ein Aufwandüberschuss von ca. Fr. 360'000.-- (entspricht ca. 12 Steuerprozenten!) Auch ist es so, dass die Steuererträge stagnieren resp. vorsichtig veranschlagt wurden, da einzelne sehr gute Steuerzahler die Gemeinde im 2011 verlassen haben.

Die mittelfristige Sicht gemäss Finanzplan zeigt, dass, sofern keine wesentliche Verbesserung der Steuereinnahmen oder eine Entlastung im Bildungs- und Sozialbereich erfolgt, das Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen nur durch die Erschliessung und Überbauung der Reservezone Eichacker erreicht werden kann, die uns eine beträchtliche Summe an Grundstückgewinnsteuern einbringen würde und nicht zuletzt eine Bevölkerungszunahme bedeuten würde. Sollten sich diese Prognosen nicht bestätigen oder die Steuereinnahmen im 2012 noch tiefer ausfallen, würde eine Steuererhöhung um mindestens 5 % ab 2013 unumgänglich, da ansonsten der Bilanzfehlbetrag weiter zunehmen würde.

Positiv ist hingegen, dass die Nettoverschuldung nicht besonders stark zunimmt, da die Investitionen nicht wesentlich höher als die Abschreibungen sind.

Bei den Spezialfinanzierungen zeichnet sich im Bereich Wasser (aufgrund der grösseren Investitionen) eine deutliche Reduktion des Vermögens ab, während die Abwasserkasse leicht zunimmt und die Abfallrechnung stabil bleibt.

François Sandoz gibt das Wort an Paul Schönenberger, den Finanzverwalter, weiter. Dieser erläutert den Finanzplan und hält folgende, wichtigen Punkte fest: Die Steuereinnahmen stagnieren und es ist erst wieder im 2014 mit höheren Steuereinnahmen zu rechnen. Die soziale Wohlfahrt nimmt innerhalb der nächsten 2 Jahre um Fr. 230'000.-- zu, was auf die neue Pflegefinanzierung zurückzuführen ist. Die Ergänzungsleistungen wie auch die Beiträge für die Sozialhilfe steigen an, die Bildung nimmt um Fr. 190'000.-- zu, da der Subventionsatz von 55 % auf 43 % gekürzt wurde.

Auch steigt die Nettoschuld pro Einwohner bis im 2015 auf Fr. 2'800.--. Zum Thema Wasser/Abwasser ist zu sagen, dass im 2012 und 2013 die Investitionen im Eichacker miteinbezogen werden müssen. Ansonsten sind keine Investitionen geplant, was dazu führt, dass wir durch die Gebühren Geld einnehmen können.

Paul Schönenberger fragt nun die Versammlung, ob sie Fragen zum Finanzplan stellen möchten.

Alfred Gschwind hat sich das Budget angesehen und musste feststellen, dass der Sparwille des Gemeinderates doch sehr klein ist. Es ist immer einfach, die Steuern zu erhöhen, aber er ist der Meinung, dass wir nur das ausgeben können, was wir auch tatsächlich einnehmen. Auch denkt er, dass beim Technischen Dienst durchaus 50 % eingespart werden könnten.

Paul Schönenberger weist darauf hin, dass diese Aussage wohl eher zur laufenden Rechnung gehört. Im Finanzplan geht es lediglich darum, wie die Finanzsituation in den nächsten Jahren aussieht.

Lilly Tagni fragt sich, was für Personen wohl in den Eichacker ziehen werden, wenn sie so viel Steuern bezahlen müssen? Sie denkt, dass sich diese Leute eher andere Wohnorte suchen werden und sieht daher schwarz für die optimistische Entwicklung der Steuereinnahmen.

François Sandoz möchte noch kurz auf das Thema Steuern eingehen: Ihm ist auch klar, dass bei einer Überbauung des Eichackers nicht gleich mit sehr hohen Steuereinnahmen zu rechnen ist, vor allem wenn man davon ausgeht, dass hauptsächlich Familien zuziehen wer-

14. Dezember 2011

den. Trotzdem bringt uns diese Überbauung aber einen beträchtlichen Beitrag an Grundstückgewinnsteuern, rund 1 Million Franken in 5 Jahren. Und irgendwann kommt der Zeitpunkt, in dem die Kinder der Neuzuzüger ausfliegen, ein Grossteil der Schulden abbezahlt sind und somit die Steuereinnahmen ansteigen. Er selber sieht diese Entwicklung durchwegs positiv.

Alfred Gschwind weiss, dass die Gemeinde rund Fr. 500'000.-- in Strassen investiert hat, die irgendwann einmal zurückkommen.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, schliesst François Sandoz die Diskussion.

4. Subventionierung Kinderbetreuung

François Sandoz gibt das Wort an Edmond Bernard, den Ressortverantwortlichen Gemeinderat.

Edmond Bernard sagt, dass sich während ca. zwei Jahren die Ressortleiter Soziales der Gemeinden des solothurnischen Leimentals mit der Frage einer möglichen Subventionierung von familienergänzender Kinderbetreuung befasst haben. Diese Arbeitsgruppe hat zusammen mit einer externen Fachstelle und in Absprache mit den KiTa's und Tagesfamilienorganisationen das Konzept einer einkommensabhängigen Unterstützung von Eltern, die ihre Kinder betreuen lassen, erarbeitet.

Ziel dieses Konzeptes ist, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf etwas zu erleichtern und zwar durch eine gezielte Förderung von familienergänzender Kinderbetreuung (KiTa, Tagesfamilien), was zu einer Erhöhung der Attraktivität unserer Gemeinden führt.

Dabei werden nicht die Institutionen subventioniert, sondern direkt die Eltern auf Basis ihres steuerbaren Einkommens. Zudem werden nur Familien resp. Kinder unterstützt, die in einer Institution betreut werden, welche mit den Gemeinden eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen hat. In der Leistungsvereinbarung werden die gegenseitigen Verpflichtungen und die Bedingungen für eine Unterstützung durch die Gemeinde festgehalten.

Bättwil war seit Beginn in der Arbeitsgruppe vertreten und der Gemeinderat hat auch grundsätzlich das Projekt unterstützt. Nun hat der Gemeinderat aber aufgrund der aktuellen Finanzaussichten entschieden, die dadurch entstehenden Zusatzkosten für die Gemeinde nicht ins Budget aufzunehmen und, obwohl lediglich mit Kosten von ca. Fr. 4'000.-- bis 6'000.-- zu rechnen wäre, (je nach Anzahl Kinder und Einkommen), auf eine Umsetzung des Konzeptes in Bättwil vorläufig zu verzichten.

François Sandoz möchte noch kurz erwähnen, dass der Gemeinderat grundsätzlich mit dieser Subventionierung einverstanden wäre, diese aber aufgrund der schlechten Finanzlage zum jetzigen Zeitpunkt nicht unterstützen kann.

François Sandoz fragt die Versammlung, ob das Wort zum Eintreten auf das Geschäft verlangt wird.

Da dies nicht der Fall ist, wird die Eintretensfrage gestellt.

Der Gemeinderat schlägt vor, dass auf das Geschäft eingetreten wird.

Mit grossem Mehr und einer Enthaltung wird auf das Geschäft eingetreten.

Laut Lilly Tagni wird immer vom steuerbaren Einkommen geredet. Ihrer Meinung nach haben wir hier in Bättwil „faule“ Leute, die nicht arbeiten wollen und dann noch subventioniert werden.

François Sandoz sagt, dass es leider nicht möglich ist, zwischen guten und schlechten Leuten bei der Subventionierung zu unterscheiden. Mehrheitlich werden aber schon einkommensschwache Familien unterstützt.

Jörg Schermesser sagt, dass es auch einmal um den Mittagstisch ging und dort erwähnt wurde, dass dieser aus Freiwilligenarbeit bestehen würde. Aber wer macht heute noch etwas gratis? Das Beispiel Mittagstisch zeigt, dass es durchaus funktioniert, aber nicht ohne Kosten. Jetzt stellt der Gemeinderat ein neues Projekt vor. Es wird immer mehr. Deshalb unterstützt er den Antrag des Gemeinderates.

Yvonne Kilcher ist grundsätzlich nicht gegen Kinderbetreuung. Die Frage ist nur, wer für diese aufkommen muss. Sie überlegt sich auch, was es für eine Mehrarbeit für die Verwaltung bedeutet, wenn die Kosten einkommensabhängig subventioniert werden würden.

François Sandoz sagt, dass vor einiger Zeit die KiTa Vogelnest jährlich mit Fr. 5'000.-- unterstützt wurde. Dies wurde mittlerweile eingestellt und der Gemeinderat spendete nur noch

Fr. 500.-- pro Jahr. Der Wunsch nach Kinderbetreuung ist jedoch geäussert worden und der Gemeinderat war der Meinung, dass wenn schon eine Subventionierung, dann eine, in der alle Institutionen und nicht nur eine davon profitieren können. Auch ist er der Meinung, dass die Verwaltung mit keinen grossen Aufwänden rechnen müsste, da die Abrechnungen direkt von den KiTa's getätigt werden würden und es hier in Bättwil lediglich 10 Kinder gibt, die eine KiTa besuchen. Aufgrund der schlechten Finanzaussichten kommt dieser Antrag jedoch un-gelegen, weshalb ihn der Gemeinderat auch zur Ablehnung unterbreitet.

Reto Haag denkt, dass auch einmal in die Zukunft geschaut werden muss, denn wenn wir so weitermachen, werden keine Familien mehr nach Bättwil ziehen.

François Sandoz sagt, dass es immer pro und contra's gibt. Auch ist ihm klar, dass es sich hierbei um keinen grossen Betrag handelt, nichtsdestotrotz müssen wir aber sparen wo wir können.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, schliesst François Sandoz die Beratung und schreitet zur Abstimmung.

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, die Subventionierung der Kinderbetreuung abzulehnen.

Die Gemeindeversammlung beschliesst mit grossem Mehr, 4 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen, dass die Subventionierung der Kinderbetreuung abgelehnt wird.

5. Genehmigung folgender Investitionskredite:

5.1 Hangsicherung Bättwilerwald Chöpflweg

François Sandoz erläutert das Geschäft und sagt, dass anlässlich der Erfassung und Beurteilung der Naturgefahren in der Gemeinde (2005-2007) im Gebiet oberhalb der Bahnhof-Parkplätze ein Steinschlag-Risiko festgestellt wurde, welches entsprechende Schutz- oder Sicherungsmassnahmen nötig macht.

Als Sicherungsmassnahmen wurde vom Ingenieurbüro die Realisierung einer Niedrigenergie-Barriere auf einer Länge von ca. 50 m und einer Höhe von 2 m im gefährdeten Bereich vorgeschlagen. Diese soll nun im 2012 gebaut werden.

Die Bruttokosten für die Hangsicherung inkl. Bauprojekt belaufen sich auf rund Fr. 30'000.--. Eine allfällige Subvention von Bund und Kanton ist noch nicht berücksichtigt und wird nach Erstellung des Bauprojektes geklärt.

Dieter Bichsel weist darauf hin, dass in der Einladung geschrieben steht, dass das Projekt bereits besteht und jetzt wird davon geredet, dass es noch geplant werden muss. Er möchte nun wissen, was jetzt von beidem der Fall ist?

François Sandoz erläutert, dass lediglich noch die Detailplanung erfolgen muss.

Dieter Bichsel hat das ungute Gefühl, dass sich die Kosten verdoppeln könnten.

François Sandoz erklärt, dass wenn dies der Fall wäre, der Gemeinderat an einer nächsten Gemeindeversammlung erneut einen Investitionskredit beantragen müsste. Bislang war die Rede immer von Kosten um die Fr. 26'000.--, weswegen er auch mit keinen grossen Überraschungen rechnet, obwohl noch keine Offerten vorliegen.

Yvonne Kilcher möchte wissen, was eine Niedrigenergie-Barriere ist und ob es dazu bereits irgendwelche Fotos gibt?

François Sandoz kann diese Frage leider nicht genau beantworten. Er weiss nur, dass es sich um kein flächendeckendes Netz handelt. Bezüglich der Fotos ist es so, dass keine vorliegen, die zeigen, wie diese Hangsicherung genau aussieht. Fotos, die aufzeigen, in welchem Bereich die Barriere gebaut wird, können jedoch eingesehen werden.

Alfred Gschwind denkt, dass wenn wir für diese Hangsicherung schon bezahlen und nicht wissen, was wir an Subventionen erhalten, Gefahr laufen, dass schlussendlich noch mehr Kosten auf uns zukommen.

François Sandoz erklärt, dass es sich hierbei um eine Naturgefahr handelt und der Kanton eine Studie in Auftrag gegeben hat. Wir werden aber sicherlich bemüht sein, die Subventionen einzureichen, bevor wir eine definitive Zusage erteilen.

Alfred Gschwind meint, dass die Grundeigentümer bezahlen müssten.

François Sandoz teilt diese Meinung nicht und sagt, dass dies Aufgabe der Gemeinde ist.

Martin Doppler sagt, dass die BLT ihr Haus erweitert hat und denkt, dass diese sicher auch noch an die Gemeinde gelangen werden, um uns zu belangen.

François Sandoz erläutert, dass im Bereich des bebaubaren Siedlungsgebietes nur wenig Risiko für die Eigentümer besteht. Ein Restrisiko besteht aber nach wie vor.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, schliesst François Sandoz die Beratung und schreitet zur Abstimmung.

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, dem entsprechenden Investitionskredit für die Hangsicherung Bättwilerwald Chöpflweg mit Bruttokosten von Fr. 30'000.-- zuzustimmen.

14. Dezember 2011

Mit grossem Mehr, keiner Gegenstimme und 6 Enthaltungen stimmt die Gemeindeversammlung dem entsprechenden Investitionskredit für die Hangsicherung Bättwilerwald Chöpflweg mit Bruttokosten von Fr. 30'000.-- zu.

5.2 Sanierung Reservoir St. Annarain

Hans Jörg Känel erläutert das Geschäft und sagt, dass bei einer Betriebskontrolle des Reservoirs St. Annarain diverse Mängel festgestellt wurden, welche saniert werden müssen um gewährleisten zu können, dass das Reservoir auch in Zukunft den lebensmittelrechtlichen Anforderungen genügen kann.

Die Kontrolle hat gezeigt, dass die Reservoirbeschichtung an Wand und Boden in beiden Kammern praktisch abgetragen ist und neu erstellt werden muss. Ferner wurden undichte Stellen und Risse in beiden Kammern festgestellt, die abgedichtet werden müssen. Die ältere, runde Kammer mit einem Volumen von 400m³ wurde 1959/1960 erstellt. Der Ausbau des Reservoirs mit einer zusätzlichen rechteckigen Kammer von total 600m³ erfolgte 1986/1987. Das Speichervolumen beträgt also total 1000m³. Da das Reservoir die Druckzonen Bättwil, inkl. Löschwasserreserve, direkt versorgt, musste sich die Gemeinde Bättwil beim Bau der neuen Kammer laut Grundvertrag der WHL AG mit 50 % an den Baukosten beteiligen. Ebenfalls muss sich die Gemeinde Bättwil laut Grundvertrag bei Reparaturkosten (Instandsetzung) im Verhältnis des Benützungsgrades beteiligen. Die Optionsmenge Wasser für Bättwil ist ein durchschnittlicher Tagesbedarf der Gemeinde. Der Tagesbedarf liegt gegenwärtig bei ca. 260m³, d. h. bei einem Gesamtvolumen von 1000m³ beträgt somit der Reparaturkostenanteil für Bättwil 26 %. Der restliche Anteil geht zu Lasten der WHL AG. Die gesamten Sanierungskosten betragen Fr. 232'000.-- (Kostenvoranschlag). Die Reparatur wird 2012/2013 durchgeführt.

Lilly Tagni möchte wissen, welche Gemeinden Wasser vom Reservoir St. Annarain beziehen?

Laut Hans Jörg Känel sind dies Bättwil, Witterswil, Hofstetten, Rodersdorf und Metzerlen.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, schliesst François Sandoz die Beratung und schreitet zur Abstimmung.

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, dem entsprechenden Investitionskredit für die Sanierung des Reservoirs St. Annarain mit Nettokosten von Fr. 65'000.-- zuzustimmen.

Die Gemeindeversammlung stimmt mit grossem Mehr, keiner Gegenstimme und 1 Enthaltung dem entsprechenden Investitionskredit für die Sanierung des Reservoirs St. Annarain mit Nettokosten von Fr. 65'000.-- zu.

5.3 Diverse Sanierungen Gemeindestrassen

Hans-Peter Isenschmid erläutert das Geschäft und sagt, dass folgende Sanierungsarbeiten im Jahr 2012 ausgeführt werden sollen:

1. Rütthofstrasse, Sanierung nördlicher abgerutschter Strassenabschluss
2. Mühlemattstrasse, Sanierung östlicher Strassenabschluss im Bereich der Firma M. Dopp-ler Landmaschinen

Für diese Arbeiten sind Offerten vorhanden. Die Kosten für die Sanierung der genannten Strassenabschlüsse beträgt rund Fr. 59'000.--.

Marianne Müller weist darauf hin, dass es kein Trottoir oder Fussgängerweg in der Mühlemattstrasse gibt, was sie doch sehr gefährlich findet und diese Strasse deshalb meidet.

Hans Peter Isenschmid kann dazu nichts dazu sagen, da es dort kein Trottoir gibt.

François Sandoz versteht, dass die Situation für die Fussgänger in der Mühlemattstrasse unbefriedigend sein kann. Diese kann allerdings nicht so einfach behoben werden.

Lilly Tagni möchte wissen, wo der nördliche abgerutschte Strassenabschluss ist?

Hans Peter Isenschmid sagt, dass damit die Kurve bei der Brodmann AG gemeint ist.

Lilly Tagni weist darauf hin, dass es im ganzen solothurnischen Leimental keine so breite Strasse wie die Mühlemattstrasse gibt, für die erst noch die Eigentümer zahlen mussten.

Hans Peter Isenschmid sagt, dass sich die Mühlemattstrasse in der Gewerbezone befindet.

Daher ist es nicht erstaunlich, dass diese Strasse breiter ist, zumal sich dort auch Lastwagen kreuzen müssen.

Stephan Hilber kann nicht beurteilen, wie der Strassenzustand ist. Er fragt sich aber, ob diese Sanierungen so dringend sind oder ob diese Arbeiten aufgrund der schlechten Finanzlage bis auf weiteres verschoben werden könnten.

Hans Peter Isenschmid sagt, dass die abgerutschten Strassenabschlüsse in der Rütthofstrasse dringend saniert werden müssen.

Stephan Hilber fände es gut, wenn keine Luxus-Sanierung gemacht werden würde, da die Rütthofstrasse ja auch nicht allzu oft befahren wird.

Hans Peter Isenschmid wird sich diese Strassenabschlüsse nochmals mit dem Technischen Dienst und der Firma Stöcklin anschauen. Zum jetzigen Zeitpunkt kann er auch schon sagen, dass sich die Kosten nicht auf Fr. 59'000.-- belaufen werden, sondern günstiger ausfallen werden.

Stephan Hilber fragt, wie es diesbezüglich mit der Mühlemattstrasse aussieht?

Hans Peter Isenschmid muss gestehen, dass diese Arbeiten nicht so dringend sind wie diese an der Rütthofstrasse.

Jörg Schermesser fragt, ob der Zustand der Mühlemattstrasse so schlimm ist, dass die Sanierung unbedingt jetzt gemacht werden muss?

Lucien Monnerat weist darauf hin, dass der Strassenunterhalt wiederkehrende Sanierungen mit sich bringt. Es macht keinen Sinn, diese Sanierungen immer aufzuschieben, da sich die Kosten immer erhöhen werden. Er selber denkt, dass das was gemacht werden muss auch gemacht werden soll.

François Sandoz sagt, dass selbstverständlich drei Offerten eingeholt werden und die Sanierung der Strassenabschlüsse in der Mühlemattstrasse eventuell auf das Jahr 2013 verschoben wird. Die Kredite für diese beiden Arbeiten sollen allerdings heute genehmigt werden.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, schliesst François Sandoz die Beratung und schreitet zur Abstimmung.

14. Dezember 2011

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, dem entsprechenden Investitionskredit für die Sanierung von Gemeindestrassen mit Nettokosten von Fr. 59'000.-- zuzustimmen.

Die Gemeindeversammlung stimmt mit grossem Mehr, 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen dem entsprechenden Investitionskredit für die Sanierung von Gemeindestrassen mit Nettokosten von Fr. 59'000.-- zu.

6. Festsetzen der Steuern und Gebühren

François Sandoz erläutert die wesentlichen Gründe für die Beibehaltung der bisherigen Steuern und die Anpassung bei den Gebühren und sagt, dass, wie bereits in der Einladung zur ausserordentlichen Gemeindeversammlung vom 26.10.11 angekündigt, das Budget 2012 ein hohes Defizit von gerundet Fr. 360'000.-- vorsieht. Die Gründe für diese Situation sind ausserhalb vom direkten Einflussbereich der Gemeinde zu finden und können wie folgt zusammengefasst werden:

- Höhere Sozialkosten (Pflegefianzierung, Ergänzungsleistungen) + 160'000.--
- Höhere Bildungskosten (Betrieb/Infrastrukturen, Frühfranzösisch, Integration, Schulsozialarbeit, usw.): + 150'000.--
- Tiefere Subvention der Lehrerbesoldung: + 100'000.--

Diese Entwicklung kann durch die Zunahme der Steuereinnahmen leider nicht kompensiert werden. Für 2012 wird, bedingt durch die Wirtschaftslage sowie den Wegzug von einigen guten Steuerzahlern, mit stagnierenden Steuererträgen gerechnet. Positiv ist zu erwähnen, dass in einigen Bereichen die Kosten etwas reduziert wurden, was zu einer leichten Kompensation von ca. Fr. 50'000.-- geführt hat.

Trotz dieser unerfreulichen Entwicklung hat der Gemeinderat beschlossen, für 2012 keine Steuererhöhung zu beantragen und den Steuerfuss für natürliche und juristische Personen bei 130 % zu belassen. Grund dafür ist, dass zurzeit schwer abzuschätzen ist, wie sich die Sozialkosten und die Steuereinnahmen weiter entwickeln werden. Sollten sich die Budgetannahmen bestätigen und keine wesentliche Entlastung der Gemeinden erfolgen, würde sich der Gemeinderat gezwungen sehen, für 2013 eine Steuererhöhung zu beantragen.

In der Abfallbeseitigung (Spezialfinanzierung) wird seit einigen Jahren regelmässig ein Ertragsüberschuss verzeichnet. Deshalb schlägt der Gemeinderat vor, die Grundgebühr um Fr. 30.-- zu senken.

Da keine Fragen gestellt werden, schreitet François Sandoz sogleich zur Abstimmung.

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, für das Jahr 2012 folgenden Steuerfuss und Gebühren zu genehmigen:

- für natürliche und juristische Personen 130 %, unverändert
- Gebühren (Abfall) unverändert mit Ausnahme der Grundgebühr welche von Fr. 100.-- auf Fr. 70.-- pro Haushalt reduziert wird.

Die Gemeindeversammlung stimmt mit grossem Mehr, keiner Gegenstimme und 1 Enthaltung dem Steuerfuss von 130 % (unverändert) für natürliche und juristische Personen zu.

Die Gemeindeversammlung stimmt den Gebühren (Abfall) mit Ausnahme der Grundgebühr, welche von Fr. 100.-- auf Fr. 70.-- pro Haushalt reduziert wird, einstimmig zu.

Genehmigung des Voranschlages für die laufende Rechnung und die Investitionsrechnung 2012

François Sandoz erläutert das Budget resp. die wesentlichen Veränderungen gegenüber den Vorjahren anhand diverser Folien. Er sagt, dass das Budget der laufenden Rechnung 2012 einen Aufwandüberschuss von Fr. 357'520.-- bei Ausgaben von Fr. 6'578'956.-- und Einnahmen von Fr. 6'221'436.-- vorsieht.

Die Investitionsrechnung sieht Nettoinvestitionen von Fr. 736'700.-- bei Ausgaben von Fr. 953'700.-- und Einnahmen von Fr. 217'000.-- vor.

Die Hauptpositionen werden wie üblich durch Paul Schönenberger vorgelesen und jeweils die entsprechenden Fragen beantwortet.

Laufende Rechnung 2012

Konto	Bezeichnung	Aufwand in Fr.	Ertrag in Fr.
0	Öffentliche Verwaltung	615'780	150'500
1	Öffentliche Sicherheit	142'400	41'500
2	Bildung	2'610'986	707'970
3	Kultur, Freizeit	32'900	400
4	Gesundheit	85'500	0
5	Soziale Wohlfahrt	1'066'600	101'600
6	Verkehr	482'890	152'000
7	Umwelt, Raumordnung	787'270	720'630
8	Volkswirtschaft	28'380	31'600
9	Finanzen, Steuern	726'200	4'672'756

François Sandoz möchte noch festhalten, dass die Steuern gegenüber dem Voranschlag 2011 beinahe unverändert geblieben sind. Aufgrund der rückläufigen Steuereinnahmen können wir nicht mehr budgetieren, was auch dazu führt, dass wir kein ausgeglichenes Budget präsentieren können.

Die wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind folgende:

- Teuerung und Stufenanstieg wird dem Gemeindepersonal gewährt (+ 2.3 %).
- Leichte Reduktion der Verwaltungskosten trotz der Erhöhung des Pensums von Frau S. Jung Henny um 10 auf 70 %.
- Erhöhung der Bildungskosten (ZSL) bei gleichzeitiger Reduktion der kantonalen Subventionen (+ Fr. 220'000.--).
- Erhöhung der Sozialkosten im Bereich der Ergänzungsleistungen, Pflegefinanzierung und Sozialhilfe (+ Fr. 210'000.--).
- Stagnation der Steuereinnahmen.
- Kapitaldienst und Abschreibungen bleiben stabil.

Investitionsrechnung 2012

Konto	Bezeichnung	Aufwand in Fr.	Ertrag in Fr.
0	Allgemeine Verwaltung	0	0
1	Öffentliche Sicherheit	0	0
2	Bildung	52'000	0
6	Verkehr	445'700	0
7	Umwelt, Raumordnung	456'000	0
9	Finanzen	0	0

Da keine Fragen zu den Voranschlägen gestellt werden, schreitet François Sandoz sogleich zur Abstimmung.

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, den Voranschlag der laufenden Rechnung 2012

- mit Einnahmen von Fr. 6'221'436.--
- und Ausgaben von Fr. 6'578'956.--
- bei einem resultierenden Ausgabenüberschuss von Fr. 357'520.--

zu genehmigen

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, den Voranschlag der Investitionsrechnung 2012

- mit Einnahmen von Fr. 217'000.--
- und Ausgaben von Fr. 953'700.--
- bei einem resultierenden Ausgabenüberschuss von Fr. 736'700.--

zu genehmigen

Die Gemeindeversammlung stimmt mit grossem Mehr, 1 Gegenstimme und 4 Enthaltungen dem Voranschlag der laufenden Rechnung mit einem resultierenden Ausgabenüberschuss in der Höhe von Fr. 357'520.-- sowie der Investitionsrechnung mit einem resultierenden Ausgabenüberschuss von Fr. 736'700.-- zu.

7. Aufhebung Natur- und Umweltkommission

François Sandoz erläutert die Gründe für die Aufhebung der Natur- und Umweltkommission. Nachdem über längere Zeit keine Kandidaten mehr für die Besetzung der Natur- und Umweltkommission gefunden werden konnten, schlägt der Gemeinderat vor, diese Kommission aufzuheben und aus der Gemeindeordnung zu streichen. Die Aufgaben der Kommission resp. die Natur- und Umweltfragen sollen künftig durch den zuständigen Gemeinderat bearbeitet werden. Zudem ist ein Teil der Belange des Naturschutzes neu durch die ÖQV-Projektmission abgedeckt. Im Übrigen kann bei Bedarf der Gemeinderat eine Ad-hoc Kommission bilden und mit gezielten Aufgaben beauftragen.

François Sandoz fragt die Versammlung, ob das Wort zum Eintreten auf das Geschäft verlangt wird.

Da dies nicht der Fall ist, wird die Eintretensfrage gestellt.

Der Gemeinderat schlägt vor, dass auf das Geschäft eingetreten wird

Es wird einstimmig auf das Geschäft eingetreten.

Da keine Fragen gestellt werden, schreitet François Sandoz sogleich zur Abstimmung über.

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, der Aufhebung der Natur- und Umweltkommission zuzustimmen.

Die Gemeindeversammlung stimmt der Aufhebung der Natur- und Umweltkommission einstimmig zu.

Anpassung der Gemeindeordnung

François Sandoz erläutert das Geschäft und sagt, dass sich seit der letzten Anpassung der Gemeindeordnung einige Veränderungen ergeben haben, die nun berücksichtigt werden.

Diese sind unter anderem:

- Aufhebung Fachkommission Bildung
- Ablösung OZL durch den Zweckverband Schulen Leimental
- Gründung einer Jugend-, Sport- und Kulturkommission
- Umwandlung der Zivilschutzorganisation in einen Zweckverband

Zudem wird in der Gemeindeordnung die Baubehörde der Gemeinde neu definiert. Dies weil der Kanton die bisherige Lösung mit dem Gemeinderat als Baubehörde bemängelt hat. Neu wird die Baubehörde einer aussenstehenden Fachstelle übertragen, wobei der für das Ressort Hoch- und Tiefbau zuständige Gemeinderat die Entscheidungsbefugnis innehat. Diese Organisation des Baubewilligungswesens der Gemeinde ist vom Kanton geprüft und zugestimmt worden. Die angepasste Gemeindeordnung mit den markierten Änderungen kann auf der Homepage der Gemeinde heruntergeladen werden.

Die Änderungen bezüglich WEKO und Baubehörde der Gemeinde erfolgen nach Rücksprache mit dem Kanton (Amt für Gemeinden).

Yvonne Kilcher weist noch darauf hin, dass das Kanalisationsreglement unter Punkt 4.2.1. das gleiche ist wie das Abwasserreglement und somit gestrichen werden kann. Auch muss die Bezeichnung OZL in ZSL geändert werden.

François Sandoz fragt die Versammlung ob das Wort zum Eintreten auf das Geschäft verlangt wird.

Da dies nicht der Fall ist, wird die Eintretensfrage gestellt.

Der Gemeinderat schlägt vor, dass auf das Geschäft eingetreten wird

Es wird einstimmig auf das Geschäft eingetreten.

Alain Randin findet es sinnlos, dass die Baukommission in der Gemeindeordnung erwähnt wird, obwohl eine solche gar nicht mehr existiert.

François Sandoz sagt, dass dies der Wortlaut des Kantons ist und wir, wenn es so formuliert wird, auch wieder eine solche bilden könnten. Er möchte deshalb nichts mehr daran ändern.

Alain Randin ist der Meinung, dass die Transparenz nicht gewährleistet ist. Er selber weiss nicht mehr was gilt und was nicht und denkt, dass dies klar ersichtlich sein sollte.

François Sandoz nimmt diesen Einwand entgegen und wird dies nochmals mit dem Kanton besprechen.

Alain Randin wünscht, dass der Satz, dass die Entscheidungsbefugnis beim Ressortleiter liegt, präzisiert werden sollte und zwar, dass man Ressortleiter GR einfügt.

François Sandoz wird diese Änderung vornehmen.

Yvonne Kilcher weist darauf hin, dass in der Gemeindeordnung zum Teil mehrere Möglichkeiten, wie etwas gemacht werden kann, aufgeführt sind, schlussendlich aber die Gemeindeversammlung beschliesst, was gemacht wird. Daher gilt immer das, was zuletzt an einer Gemeindeversammlung beschlossen wurde.

François Sandoz denkt aber, dass die Formulierung schon nicht ganz klar ist und wird diesbezüglich nochmals mit dem Kanton in Kontakt treten.

Yvonne Kilcher weist darauf hin, dass wir bei der Finanzkommission und dem Finanzverwalter die gleiche Situation haben.

Alain Randin sagt, dass im Reglement geschrieben steht, dass Kostenvorschüsse verlangt werden können. Er wünscht, dass dies ebenfalls klarer formuliert wird.

François Sandoz erklärt, dass die Baubehörde bei begründetem Bedarf einen Vorschuss verlangen kann.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, schliesst François Sandoz die Beratung und schreitet zur Abstimmung.

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, der Anpassung der Gemeindeordnung zuzustimmen.

Die Gemeindeversammlung stimmt mit grossem Mehr, keiner Gegenstimme und 5 Enthaltungen der Anpassung der Gemeindeordnung zu.

Diverses

Der Gemeinderat informiert über folgende Themen:

Friedhof, Gestaltung Gemeinschaftsgrab, weiteres Vorgehen „öffentliche Auflage“

Bereits an der letzten Gemeindeversammlung im Oktober wurde über die Gestaltung des Gemeinschaftsgrabes informiert. Inzwischen hat die WeKo Offerten / Varianten eingeholt, die im Januar aufgelegt werden sollen, so dass sich die Bättwilerinnen und Bättwiler selber ein Bild davon machen können. Es ist vorgesehen, dass an diesen Terminen WeKo-Mitglieder anwesend sein werden, um allfällige Fragen direkt vor Ort klären zu können. Auch wird eine Umfrage aufliegen, die ausgefüllt und anschliessend von der WeKo ausgewertet wird, so dass ihre Meinung und Auswertung in die Wahl der Gestaltung des Gemeinschaftsgrabes einfließen kann. Da die Termine zuerst noch vom Gemeinderat festgelegt werden müssen, wird zu einem späteren Zeitpunkt noch anhand eines Flugblattes genauer darüber informiert.

Lilly Tagni bemängelt, dass der Friedhofumbau nicht aufgelegt wurde. Die Trauergäste müssen immer auf der Strasse stehen, da es auf dem Friedhof nicht genügend Platz gibt. Das freie Feld ist aber gross genug, um etwas darauf zu machen.

François Sandoz hält fest, dass an sämtlichen letzten Gemeindeversammlungen über das Vorgehen betreffend der Gestaltung des Gemeinschaftsgrabes informiert wurde. Jetzt besteht zudem die Möglichkeit sich zu den Varianten zu äussern, bevor man sich für eine entscheidet, die dann auch realisiert wird.

Yvonne Kilcher ist es noch wichtig zu erwähnen, dass von Seiten Gemeinderat schon mehrmals darüber informiert wurde, die Leute aber des Öfteren davon gelaufen sind. Nun besteht aber die Möglichkeit, mit den WeKo-Mitgliedern ausgiebig darüber zu diskutieren.

Alfred Gschwind sagt, dass jetzt wo der ganze Platz humuisiert ist, alle immer „dreckige“ Schuhe haben wenn sie dort stehen müssen.

Yvonne Kilcher sagt, dass dieses Thema bereits am 26. Oktober diskutiert und jetzt in diese neuen Varianten eingeflossen ist.

Ersatzwahl Gemeinderat

François Sandoz informiert darüber, dass Edmond Bernard sein Amt auf Ende Jahr abgibt. Er möchte sich an dieser Stelle bei ihm für die geleistete Arbeit bedanken und übergibt ihm im Namen des Gemeinderates ein kleines Präsent.

Er erwähnt noch, dass der Fahrplan für die Ersatzwahl bereits auf der Homepage aufgeschaltet ist und die Anmeldefrist für einen Wahlvorschlag auf den 30. Januar 2012 festgelegt wurde.

Edmond Bernard richtet ein paar letzte Worte an die Bevölkerung und sagt, dass ihm die Arbeit stets Freude bereitet hat. Er möchte sich auch für die Hilfsbereitschaft der Personen bedanken, die heute nicht anwesend sein können.

Entleerung Weiher

Rolf Gschwind informiert die Gemeindeversammlung, dass der Bäramsle-Weiher erneut ausgepumpt, das Laub vom Boden abgesaugt und der Weiher mit einem Bagger ausgekratzt werden musste. Bei dieser Entleerung sind rund 1200 Fische geborgen worden, wobei lediglich 300 umquartiert werden konnten. Die restlichen Karpfen und Goldfische sind leider verendet, was nicht der Sinn eines Naturschutzweihers ist. Er möchte sich an dieser Stelle beim Technischen Dienst für die geleistete Arbeit bedanken und möchte die Bevölkerung dringend bitten, keine Fische mehr dort auszusetzen, sonst werden wir innert kürzester Zeit wieder vor dem selben Problem stehen.

Margrit Randin denkt, es wäre sinnvoll, wenn ein entsprechendes Schild aufgestellt werden würde, das darauf hinweist, dass dort keine Fische ausgesetzt werden dürfen.

Rolf Gschwind sagt, dass bereits ein solches dort steht.

Stephan Hilber fragt, wie das alles finanziert wird?

François Sandoz erklärt, dass wenn solche Arbeiten anstehen, wir die Kosten übernehmen müssen. In diesem Fall belaufen sich die Kosten auf rund Fr. 2'500.--, was auch eine leichte Überschreitung des Budgets zur Folge hat. Es hätte aber durchaus teurer kommen können, wenn der abgepumpte Schlamm abgeführt worden wäre.

Stephan Hilber ist erstaunt, dass solche Arbeiten so wenig kosten im Vergleich zu einer Strassensanierung, die gleich Fr. 60'000.-- vorsieht.

François Sandoz versteht diese Meinung, sagt aber, dass die Standards vom Amt für Verkehr und Tiefbau festgelegt werden und es sehr schwierig ist etwas daran zu ändern.

Martin Doppler sagt, dass Fr. 1'800.-- für den Unternehmer des Baggers günstig sind und möchte an dieser Stelle erwähnen, dass dieser der Gemeinde sicherlich auch entgegen gekommen ist.

Ruth Salathe möchte wissen, wie die Auswertung der Bäramsle-Umfrage ausgefallen ist?

François Sandoz sagt, dass sich die Mehrheit für die Wiedereinführung ausgesprochen hat, aber lediglich 16 % der Bevölkerung an dieser Umfrage teilgenommen hat, was nicht sehr repräsentativ ist. Der Gemeinderat hat deshalb entschieden, das Bäramsle-Blatt in Druckform aus Kostengründen doch nicht wieder einzuführen. Er wird diesbezüglich aber ein Flugblatt in sämtliche Haushalte verteilen lassen, so dass jeder Einwohner/Einwohnerin eine Hauslieferung in Papierform wünschen kann.

Yvonne Kilcher möchte an dieser Stelle noch erwähnen, dass bereits viele Interessenten automatisch einen Link mit der pdf erhalten, sobald ein neues Bäramsle-Blatt erscheint. Sie denkt, dass diese Variante ebenfalls auf der Umfrage aufgeführt werden sollte.

Stephan Hilber weiss, dass viele Gemeinden schwierige Zeiten vor sich haben und teilweise nicht mehr selber für die anfallenden Kosten aufkommen können. Er möchte wissen, ob es irgendeinen Verband gibt, an den wir uns in dieser Situation wenden können?

François Sandoz sagt, dass es den Verband der solothurnischen Gemeinden gibt, bei dem es aber öfters zu Interessenskonflikten zwischen den grossen und städtischen Gemeinden und den kleineren Gemeinden kommt. Dann gibt es noch die Ammännerkonferenz, die oft mit dem Problem konfrontiert wird, dass sie erst sehr spät über gewisse Punkte informiert werden, so dass sie kaum noch Zeit haben um zu reagieren.

Hans Jörg Känel ist der Meinung, dass es die Aufgabe der von uns gewählten Kantonsräte ist, die Anliegen der einzelnen Gemeinden zu vertreten.

Alain Randin fragt, wie der Stand bezüglich der Natel-Antenne ist?

Laut Hans Peter Isenschmid wird diese im April 2012 abgebaut und ein neuer Standort für sie gesucht.

Yvonne Kilcher fragt, ob die Übernahme durch die EBM des Nachtbuszuschlags im Budget berücksichtigt wurde und ob der Kantonsratsbeschluss über die Senkung der Staatssteuer um 4 % einen Einfluss auf die Einnahmen haben wird?

François Sandoz sagt, dass der Nachtbuszuschlag im Budget unverändert ist. Die EBM hat lediglich die Kosten für den wegfallenden Nachtbuszuschlag, welcher bisher bezahlt werden musste, übernommen. Die beschlossene Senkung der Staatssteuer hat keine Auswirkungen für die Gemeinde, da diese Reduktion sich nur auf die Staatssteuerrechnung bezieht.

Da keine weiteren Fragen gestellt oder Anregungen geäussert werden, schliesst François Sandoz um 23.00 Uhr die Gemeindeversammlung und wünscht allen Anwesenden eine schöne und besinnliche Weihnachtszeit.

Der Gemeindepräsident:

Die Gemeindeschreiberin:

F. Sandoz

N. Künzi